

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 27 (1913)

256 (31.10.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-581778](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-581778)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstingen, Peterstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Frachtkosten 75 Pf., bei Selbstabholung vom der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die schlaggehaltene Zeitspaltzahl oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie bei Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Gebühre Kinzeigen werden tags vorher erhoben. — Platzbestimmungen unverbindlich. Postamtliche 50 Pf.

27. Jahrgang. Rüstingen, Freitag den 31. Oktober 1915. Nr. 256.

Vom Tage.

Infolge der erneuten Ablehnung der Verfassungsvorlage durch die Stände hat das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium seine Entlassung nachgesucht.

Überbürgermeister Dietrich und Hofrat Thiene in Leipzig werden fortan als liberale Heiden gefeiert werden. Sie haben nämlich die ihnen zugewandten Erben abgelehnt Selbstverständlich nur deshalb, weil sie ihnen nicht hoch genug dünkten.

Nach einer Versammlung wurden in Berlin 1328 Austritte aus der Landesfraktion angemeldet.

Wie ein Telegramm aus Bremerhaven berichtet, ist der Ausstand auf der Tellenborg-Werft beendet.

Im zweiten Breslauer Sittdilichkeitsprozess wurden gestern Abend ein Angeklagter zu 1 Jahr, zwei zu je 7 und sechs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

In Berlin hat ein Kassierer 10 000 Mark unterschlagen.

Bei einer Ueberflutung in San Salvador in Amerika sind etwa 60 Personen ertrunken.

Aus einem demokratischen Lande.

Dänemark wird gegenwärtig von einem bürgerlich-demokratischen Ministerium regiert, zwar noch nicht lange genug, um die Folgen schon merken zu können. Das Ergebnis der Wahlen am 20. Mai hat die bisherige liberale Regierung weggeschwemmt, sie hatte im Parlament die Majorität verloren und mußte gehen. Die Sozialdemokratie und die bürgerlich-demokratische Partei erhielten zusammen die Mehrheit, und da unsere dänische Bruderpartei die Uebernahme der Regierung ablehnte, noch mit den bürgerlichen Demokraten gemeinsam die Regierung bilden wollte, unterzogen sich die Demokraten dieser Aufgabe, jedoch nicht ohne sich vorher der Unterstützung der Sozialdemokratie versichert zu haben. Und da sich zurzeit in der dänischen Politik alles um die Durchführung der Verfassungsreform dreht, die alle Privilegien abschaffen und das Wahlrecht auf die Frauen ausdehnen will, abgesehen noch von anderen wichtigen Bestimmungen, so hat die Sozialdemokratie der bürgerlich-demokratischen Regierung ihre volle Unterstützung zugesagt. Diese Aufgabe umfost auch die 3 u f i m m a n g 3 u m E t a t , für den unsere Fraktion demnach die meisten Stimmen wird.

Es ist deshalb doppelt interessant, sich diesen Etat etwas näher anzusehen. Vorausgeschickt sei, daß es sich bei der Größe des Bundes nur um verhältnismäßig kleine

Summen handeln kann, schließt doch der Etat in Einnahme und Ausgabe mit rund 123 Millionen Kronen ab. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 36 Millionen Kronen indirekter und 36 Millionen direkter Steuern, der Rest fließt aus den Ueberflüssen der Staatsbetriebe usw. Die Ausgaben sind veranschlagt mit 119 Millionen Kronen, so daß ein Ueberflus von vier Millionen Kronen bleibt. Seit vielen Jahren zum erstenmal wieder zeigt der dänische Etat dieses an sich erfreuliche Ergebnis. In den zwölf Jahren der liberalen Regierungsperiode löste ein Defizit das andere ab und die Staatsschulden stiegen ununterbrochen. Es war die Folge der verrückten Militärpolitik, die die Liberalen trieben, um sich die Freundchaft der Kontervolutiven zu erwerben, und die noch vor vier Jahren dem Lande über 60 Millionen Kronen kostete. Auch war die liberale Steuerpolitik nicht ohne Schuld, die dem reichen Großbauern und dem ländlichen Adel die Tür zur Steuerhinterziehung offen ließ.

Von den Ausgaben gehen 28 Millionen für militärische Zwecke drauf, 12 Millionen Kronen sind zur Verzinsung der Staatsschulden notwendig. Für diesen beiden Ausgabenposten verlor sich das Sündenregister der früheren liberalen Buerenregierung, sie sind die Schottenseiten des Etats, wogu selbstverständlich auch die indirekten Steuern gehören, die ebenfalls unter der gefegneten liberalen Regierung bedeutend erweitert wurden und in die Höhe geschraubt sind. Nun kann vernünftigerweise nicht gefordert werden, daß die jetzige Regierung durch die beiden Ausgabenposten sofort einen Strich macht, ebensowenig wie sie auf die indirekten Steuern mit einemmal verzichten kann. Sie kann es umföweniger, als sie eigentlich nur interimistisch regiert, das heißt nur so lange, bis die Verfassungsreform durchgeführt ist, und weiter ist sie die Verantwortliche eingegangen, den neuen Etat im Rahmen des gegenwärtigen aufzustellen. Trotzdem hat sie den Militäretat um mehr als eine Million verringert, und die Summe wäre noch viel höher geworden, wenn nicht einer alten sozialdemokratischen Forderung stattgegeben worden wäre, nämlich den Militärverköhltenarbeitern die Feuerlage zu gewähren und ihnen noch andere Vergünstigungen zu gewähren. Seit vielen Jahren ist der Militäretat ständig gestiegen; endlich ist der umgekehrte Fall eingetreten. Und die Ausgaben zu diesem Zwecke werden noch weiter und stärker fallen, wenn erst durch die Verfassungsreform die freibleibliche Fortentwicklung des Landes gesichert ist.

Uebrigens ist in dem Etat eine ganze Reihe sozialdemokratischer Forderungen berücksichtigt worden. So ist durch Erhöhung des Staatszuschusses den Landarbeitern der Zugang zum staatlichen Grund und Boden erleichtert worden, das heißt der Staat gibt solchen Landarbeitern, die sich ein Stück des ausgedehnten Heidelandes urbar machen wollen, einen bestimmten Zuschuß. Die auf diese Weise selbständig gemachten Landarbeiter sind die Woiere der dänischen Sozialdemokratie in den abgelegenen Landesstellen, und je größer der Zuschuß des Staates, desto mehr Arbeiter werden vom Joch der Großgrundbesitzer und

Bauern frei und damit selbständig und desto mehr Agitatoren für unsere Ideen geschaffen. Die dänische Sozialdemokratie hat nicht umsonst eine so große Ausbreitung auf dem flachen Lande, und hauptsächlich ist dies den „Auswänd“ zu verdanken. Weiter ist auch der Zustand der technischen Arbeiterklassen bedeutend erdöbt worden; sie erhalten nun mehr als eine halbe Million Staatszuschuß, die sozialdemokratische Parteischule einen solchen von zweitausend Kronen und die Journalisten aller Parteien dreitausend Kronen Reisekostenpendium. Für die Landpostboten sind eine Löhnerhöhung und Unterstützung in Krankheitsfällen vorgezogen. Das alles sind von der Sozialdemokratie schon seit Jahren gestellte Forderungen, die nun endlich, nachdem sie Einfluß auf die Etatszusammensetzung erhalten hat, in Erfüllung gehen.

Für das unter dem Ministerium des Innern stehende Departement der Sozialgesetzgebung sind folgende Ausgaben vorgezogen:

Für Arbeiterdusich im allgemeinen 265 000 Kronen, für Krankenfassenzuschuß 2 945 000 Kr., für Unglücksversicherung 207 000 Kr., für Arbeitslosenaffen (Zuschuß) 916 000 Kronen, für Hilfskassen (Zuschuß) 250 000 Kr., für Witwen- und Waisenunterstützung 200 000 Kr. und für Altersunterstützung 6 250 000 Kronen.

Die Summen für die Kranken- und Arbeitslosenaffen bedeuten Zuschüsse des Staates zu den von den Gewerkschaften errichteten Unterstühtungszweigen, die übrigens noch durch Kommunalzuschüsse erhöht werden. Die Altersunterstützung wird allen über 65 Jahre alten Unbemittelten ohne Gegenleistung gewährt und die Hilfskassen — eine kommunale Einrichtung — haben den Zweck, vorübergehend in Not geratene Arbeiter zu unterstützen (ohne Verpflichtung späterer Zurückzahlung), damit sie nicht der Armutswelt anheimfallen und ihrer politischen Rechte verlustig gehen. Der Staatszuschuß zu der wirtschaftlichen Armenpflege ist daher verhältnismäßig gering, er beträgt etwa zwei Millionen und kommt hauptsächlich unbemittelten Geisteskranken und Schwachsinnigen zugute. Man kann in vielen Orten in Dänemark die Beobachtung machen, daß die Armenhäuser leer stehen und seit Jahren leer geblieben haben.

Für Erziehungsanstalten von Waisen, verwaandelten und geistig zurückgebliebenen Kindern werden 611 000, für Kinderheime 72 000, für unglücklich geteilte Frauen 37 000, für Tuberkulosekolonatorien 415 000, für die Bekämpfung der Tuberkulose 1 627 000 Kronen geböhrt. Das allgemeine Gesundheitswesen erfordert 4 1/2 Millionen Kronen.

Für kirchliche Zwecke werden nur 288 000 Kronen gefordert, für die Volksschule — die frei ist, auch die Lehrmittel sind frei — rund 7 Millionen; für Bibliotheken und Sammlungen 651 000 Kronen. Für die Bekämpfung bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern sind 33 000 Kronen eingestellt.

Das ist in großen Zügen der dänische Etat, für den unsere Fraktion zu stimmen bereit ist. Geseh enthält er auch Posten, für die im einzelnen kein Sozialdemokrat stimmt; andererseits sind aber auch noch andere als die er-

Gertraud Sonnweber.

Roman von Rudolf Greinz.

(Nachdruck verboten.)

Die Mann' hatte diese Reden oft und oft schon hören müssen und regte sich gar nicht mehr auf darüber. Nur daß der Lois so einen Spießkeß machte, das genierte sie, weil es so gar nicht herinschloß in das Haus der Geisigen.

„Jo, ja! I gib dir schon de' Geld!“ sagte sie gleichgültig und wandte sich von ihm ab.

„Jo. Und auf der Stell' will i's hab'n. Nachher geh' i!“

„Nachher gehst halt!“

„I bin ent im Wege!“ brüllte jetzt der Lois auf's neue los. „Aushitreib'n müchdet's mi loch, du und die Dandeln!“

„Wer redet denn von aushitreib'n?“ sagte die Mann' ganz ruhig.

„Jo. I geh' schon. Und's Geld nimm i mit und den Gund aa. Der Gund g'hört aa mir, und arbeiten tua i mir mehr. I tua nur laufen. Weil du mi a so g'macht host! Tu, grad' du bist schuld! Wär' nit a so weit kommen mit mir, wann i di mit g'betraut hätt'!“ Die Stimme des Lois klappte über. So hoch und laut hatte er geschrien. Und ganz weinerlich wurde ihm jetzt zumute.

Lorenz Knollseifen, der Kooperator, war nun in die Rüche gekommen. Hinter ihm schaute die Gertraud verängstigt zu den Eltern. Das wilde Gesehe konnte sie jetzt gar nicht mehr ertragen. Es machte das ehemals so müthige Möbel ängstlich und verzagt.

Die Gertraud hatte den Kooperator gebeten, doch einmal mit dem Vater zu reden, mit dem es jetzt gar kein Gesehens mehr hatte.

Gut und milde sprach nun der junge Geistliche mit dem Sonnweber. Sprach ihm von dem Raster der Trunksucht und stellte ihm vor, wie ungebührlich sein Benehmen sei. Und der Lois hörte auf ihn. Die guten Worte berubigten ihn. Aber er hatte immer nur die eine Antwort auf alle Vorstellungen des Geistlichen: „Sie ist die Schuld, die Mann'! Bin früher nit a so g'wesen. Hob' gearbeitet und mi g'radet. Sie ist die Schuld. Zag kann i nimmer anders. Zag moos i laufen.“

Lange sprach der Kooperator mit dem Lois, setzte sich neben ihn auf die Rückenbank und tröstete ihn. Redete ihm zu wie ein Vater einem kranken Kinde.

Mit strahlendem Auge sah Gertraud Sonnweber auf den Priester. Ihre Wangen waren leicht geröthet, und ihr Atem ging schnell und aufgeregelt. Die Schmach des Vaters, die noch der einzige Schandfleck des Hauses war, er schien ihr durch die Worte des Priesters im neuen Licht.

Eine Krankheit war es, an der der Vater litt. Man mußte gut mit ihm sein, ihn nicht verachten und austöhen. Durch Liebe konnte man mit Gottes Hilfe vielleicht noch seine Heilung erlangen.

Gertraud Sonnweber hatte in der letzten Zeit viel unter dem Trud des Lasters gelitten, dem der Vater verfallen war. Sie schämte sich. Ihre ganze Jugend, die ganze Umgehung, in der sie aufgewachsen war und vor der sie jetzt tiefen Ekel empfand, waren wieder frisch und lebendig in ihrer Erinnerung emporgestiegen.

Reize Zweifel in der Nacht ihrer Gebete regten sich in ihr. Warum erhört die Gottesmutter sie nicht, wo es sich doch um ihren eigenen Vater handelte? Und sie hatte doch so heiß und innig um seine Befredung gebetet!

Jetzt sah Gertraud Sonnweber ihre Beträtmis plötzlich

in einem neuen Licht, und ein tiefes Mißgeföhl überkam sie. Sie glaubte nun zu wissen, warum die Madonna sie nicht erhört hatte.

Borerst mußte sie, die Gertraud, die Erkenntnis von der wahren Natur des Leidens ihres Vaters haben. Sie mußte anders werden gegen ihn, mußte ihn mit Liebe behandeln, wie es der Kooperator verlangte. Sie burste sich nicht in Ekel und Berachtung von ihm abwenden. Er war ja krank, und mit Kranken mußte man gut sein.

Als Lorenz Knollseifen von Gertraud geföhrt aus der Rüche ging, fühlte er einen heißen Kuß auf seiner Hand. Zag und erschöden wandte er sich um und sah in das hochgeröthete Gesicht des Mädchens, das ihn mit brennenden Augen anschaute.

„Gertraud!“

„Streng und vortwurfsvoll sagte er es. Aber ein eigenfühlendes Geföhl, wie er es in seinem Leben noch nie empfunden hatte, überriefelte ihn.“

Das war kein demüthiger, ehrfurchtsvoller Handkuß gewesen, mit dem die Kinder, Frauen und Mädchen ihn sonst begrühten. Das waren die brennend heißen Lippen eines Weibes, das seine Hand an 'nen lebenden Mund geföhrt hatte.

„Gertraud!“

Das Mädchen senkte den Kopf in tiefer Weidämung, und ihr Gesicht wurde kreideweiß. Ein Zittern überief ihren Körper, und aller Glanz war aus ihren Augen geschwunden.

„Vergeß's Gott! Vergeß's Gott!“ stöhnte sie verwirrt.

Eine peinliche Pause der Verlegenheit trat nun etz.

wählten Kosten, für die jeder von uns eintreten muß. Der politische Grund, weshalb die sozialdemokratische Fraktion für den Etat stimmt, ist, wie gesagt, der radikalen Regierung, die so auf die Unterdrückung der Sozialdemokratie angewiesen ist, seine Schwerepunkte zu bereiten, damit es ihr möglich werde, die Verfassungsreform durchzuführen. Unsere Partei handelt hier im vollen Einverständnis mit dem Beschluß eines internationalen Kongresses, der besagt, daß dort, wo es Verhältnisse erfordern, die Sozialdemokratie ausnahmsweise für den Etat stimmen kann.

Dem nächsten Parlament ist übrigens dieser Tage der Rechenschaftsbericht vom letzten Etatsjahr unterbreitet worden, der die angenehme Uebersicht bringt, daß anstatt des veranschlagten Defizits von fünf Millionen Kronen ein Ueberschuß von fünfzehn Millionen Kronen vorhanden ist. Die Ueberschuldung wurde noch gesteigert durch die Tatsache, daß der Kriegsinfluß an den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dreieinhalb Millionen gekostet hat. Dieser Kriegsinfluß ist gewiß ein seltenes Exemplar; er ist aber auch natürlich kein Offizier, er ist ein ganz simpler Dorfschulmeister gewesen!

Dänemark ist ein kleines, aber glückliches Land! Es hat eine starke, einflussreiche Sozialdemokratie, eine demokratische Regierung und bald auch die freieste Verfassung, einen vernünftigen Kriegsminister und einen König, der — schweigt!

Politische Rundschau.

Rüstringen, 30. Oktober.

Rücktritt des mecklenburgischen Ministeriums. Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium hat infolge der Ablehnung der Verfassungsreform den Großherzog um seine Entlassung gebeten. Eine Entscheidung darüber ist bis zur Stunde noch nicht getroffen. In dem Welschhof in die Stände, die am Mittwoch vormittag noch einmal im Hoftheater in Schwärz verankert waren, wird hervorgehoben, daß der Großherzog durch den Beschluß der Stände umso schmerzlicher berührt worden sei, als die herausgegangenen Verhandlungen einen günstigeren Ausgang erhoffen ließen. Doch im Wege weiterer Verhandlungen ein Resultat erzielt wird, erweise ungeschicklos. Trotzdem könne sich der Großherzog nicht dazu entschließen, eine neue Verfassung einfach zu akzeptieren. Die augenblicklichen Verhältnisse des Landes lassen einen solchen Schritt nicht als gebieterische, unabweisbare Notwendigkeit erscheinen. Die Möglichkeit sei vorhanden, daß schließlich doch die entscheidenden Faktoren des Reiches darüber bestimmen können, wie die Verfassung Modifikationen gestellt sein soll. Zum Schluß wird betont, daß der Großherzog an der Notwendigkeit der Schaffung einer Verfassung festhalte und das gesteckte Ziel weiter verfolgen werde.

Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige bewirkt. Nach den jetzigen Bestimmungen erhält der Zeuge eine Entschädigung für die erforderliche Zeiterlaubnis im Betrage von 10 M. bis zu einer Warte von angefangene Stunde. In der Regel wurde diese Bestimmung so ausgelegt, daß selbständige Gewerbetreibende nur dann eine Entschädigung bekamen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie einen Vertreter stellen und bezahlen mußten. Dorn lag unter Umständen eine gewisse Härte und diese soll nun dadurch beseitigt werden, daß es dem freien Ermessen des Gerichts überlassen wird, festzustellen, ob eine Erwerbsverpflichtung statthatig ist und demnach auch diesen Kreisen eine Entschädigung zu gewähren. Die Sachverständigengebühren sollen eine Erhöhung erfahren, und zwar soll die Entschädigung bis zu 2 Mark für jede angefangene Stunde und bei besonders schwierigen Leistungen bis zu 6 Mark für jede angefangene Stunde betragen. Mehr als 10 Stunden für einen Sitzungstag dürfen jedoch nicht in Rechnung gestellt werden.

Das Espionage-Gesetz. Der Präsident des Reichstages hat die Absicht, auf die Tagesordnung der Sitzung vom 26. November die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu setzen.

Dann sang das Mädchen wieder an: „... Sie ... Sie sein so gut zu ... zu mein Vater! Bergelt's Gott!“

Sollte Lorenz Smallweisen den Bandfuß des Mädchens doch nicht verstanden haben? Sollte er ... Nun liegt es auf einmal dem Kooperator stehend heilig zu Kopf. Aber nur für kurze Zeit. Dann war sofort wieder der Priester an die Stelle des Mannes getreten, der geistliche Seelenfreund der Heiligen.

„Ich hab eine Ueberschuldung für Sie, Gertraud ... wober!“ sagte er darauf in betende feierlichem Ton. „Dummond, der Sie interessieren wird.“

Tränen in der Stube sah der Strucker Bold. Schon seit längerer Zeit hatte der Kooperator den Plan, den Strucker Bold zur Gertraud zu führen. Gleich nachdem der Burfide aus dem Gefängnis entlassen worden und wieder heimgeführt war, ging er zu dem Kooperator und erludte diesen, sein Fürbitter bei der Gertraud zu sein.

Den häßlichen, verden Menschen sollte er noch immer bittere Reue über seine Tat. Er mußte es von dem Wübel selber hören, daß sie ihm verziehen habe, ihm nichts mehr nachtrage. Aber konnte er keine Ruhe finden.

Dem Strucker Bold war es in der kleinen, weißlich sauberen Wirtsstube äußerst unbehaglich zumute. Sie verändert hier doch alles war, wie still und ruhig und in Ordnung. Und nun gar die Gertraud selber. Mehr als ein Jahr war seit der unglücklichen Tat des Strucker Bold verstrichen. Und wieviel hatte sich seit dieser Zeit gewandelt.

Als der Strucker Bold jetzt der Gertraud Sommer gegenüberstand, war er sehr verlegen und konnte zuerst gar nicht die rechten Worte finden. Ein ganz anderes Mädchen stand vor ihm, eine ganz andere, als die er gekannt hatte. Sie sah ihm so ernst und doch freundlich an, mit einem Blick, der weit entfernt schien vom Jähzorn, der in einer fremden Welt dahin war.

— Dieser Gesetzentwurf ist seit seinem Erscheinen zum Gegenstand harter Kritik gemacht worden. Denn er würde es in der That unmöglich machen, daß künftig noch in der Presse über militärische Verhältnisse berichtet werden kann. Ganz besonders war es der Verein deutscher Zeitungsverleger, der auf diese Gefahren hingewiesen hat. Die Veresverwaltung hat naturgemäß ein Interesse daran, von der Öffentlichkeit möglichst wenig befragt zu werden, und sie sieht deshalb darauf zu dringen, daß der Gesetzentwurf so bald als möglich erledigt wird. Die Parteien werden demgegenüber die Aufgabe haben, aus dem Entwurf alles das zu entfernen, was die freie Meinungsäußerung beschränken oder aufheben könnte, und dann ist es allerdings fraglich, ob die Regierung noch Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes legen wird.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise. Wie der „Deutsche Kurier“ hört, beabsichtigen die liberalen Fraktionen des Reichstages, demnächst einen Antrag einzubringen, der eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und eine Vermehrung der Mandate fordern wird. Da der Antrag aber kaum Aussicht hat, vorläufig beraten zu werden, denn er hat sehr zahlreiche Vorgänger mit Vorzugsberechtigung, so soll auch, um die Meinung der Regierung kennen zu lernen, eine kleine Anfrage über die Materie eingebracht werden, die wissen will, ob die Regierung bereits Vorarbeiten in diesem Sinne angeordnet habe.

Aus dem bayerischen Landtage. Die Debatte über die Staatszeitungs-Interpellation wurde am Mittwoch zu Ende geführt. Es waren peinliche Stunden für das Ministerium verfliegen. Vom Zentrum ergriff niemand mehr das Wort zur Verteidigung; man ließ Dr. Böhler allein das Opfer bringen, auch in dieser Sache für die Regierung einzutreten. Zunächst festgesetzte Genosse Süßheim die Staatszeitungsgründung als ein vorwiegend wirtschaftliches Unternehmen des liberalen Ministeriums verteilte. Doch die Beziehungen Hertlings zur Reichsleitung legt ausgezeichnete seien, glauben wir ohne weiteres, daß seinem Verdienste um die Bewilligung der neuen Kavallerieregimenter, zu deren Inhaber der Ministerpräsident verdient hätte, ernannt zu werden. Die Gründung der Staatszeitung nach Schluß des Landtags ist ein Eingriff in sein Budgetrecht. Es wäre interessant zu erfahren, wie groß die Zahl der freiwilligen Abonnenten ist. Es müßte denn sein, daß Abonnenten der Staatszeitung den Kommerzienrattribut billiger erhalten als andere. Es ist charakteristisch, daß das Blatt gerade von den gemeinnützigen Reichsräten finanziell ermöglicht wurde, die ein Interesse an der Gründung des Ministeriums haben. Somit merkt man von dem Gemeinfinn dieser Herren nichts. Das Arbeitsprogramm der Staatszeitung, das Memorandum wurde von Dr. Böhler für boorträubenden Luffin erklärt. Das erinnert daran, daß das Gutachten des Justizministeriums über die Königsfrage von der Zentrumspresse als das eberne Nachwerk eines der Zentrumsführer eines Ministerialreferenten aus der Justizverwaltung, die deutlich zeigen, daß die Justizbehörde gegen das Unternehmen Hertlings bemüht ist, die Zwangsversteigerung für gerichtliche Befehlsnachrichten nach Möglichkeit einzuschränken. Kräftig protestierte der liberale Abg. Kohl das Unternehmen Hertlings an. Seine Würdigung dieses Vorganges erweiterte sich zu einer Abrechnung mit der Gesamtspolitik des liberalen Ministers. In einer an satirischen Bemerkungen und Andeutungen politischer Geheimvorgänge reichen Rede zeichnete zum Schluß Gen. Adolf Müller den StaatszeitungsSkandal und wies auf die Gefahr hin, die aus den Bemerkungen Dr. Böhlers erkennbar war, daß über kurz oder lang der Staat mit diesem Zeitungsunternehmen befristet werden würde. In der Staatszeitung sollte das Verlangen einer feindlich-herlichen Reichstagsfraktion nach einem großen Blatte ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen der Interessenten durch das Ansehen staatlicher Nachmittage ermöglicht werden. Die einschneidende Anfrage gegen Hertling ist die Gründung eines Privatunternehmens, ohne Zustimmung des Landtags. Die Staatszeitung war schon im August vorigen Jahres beschloffen, und wurde trotzdem nicht dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt. Diesen Vorgang

billigt heute das Zentrum, das sich rühmt, eine verfassungstreue Partei zu sein. Am Schluß der Sitzung wies Genosse Sogit darauf hin, daß die Beratung des Königsgebotes bereits am Donnerstag, der Geschäftsordnung widerspreche. Auch sei es zweckmäßig, die Vorlage, wie üblich, zunächst einem Ausschuss zu überweisen, zumal man die diskutierte Fragen zu erörtern seien. Das Haus beschloß trotzdem gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner Liberalen, am Donnerstag vormittag die Vorlage über die Beendigung der Regentfakt sofort materiell zu erledigen.

Um das Proporzionalwahlrecht in Bayern. Die bayerischen Liberalen wollen, um endlich ein gerechtes Wahlrecht durchzuführen, das allen Parteien die ihre Stärke entsprechende Vertretung im Parlament gewährt, nötigenfalls die Budgetverweigerung greifen. Ein Vertreter der liberalen Arbeitsgemeinschaft, der dieser Tage in Passau stattfand, befragte sich mit der Wahlrechtsbewegung. Der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meinungen gab die Erklärung ab, daß trotz der Ausfallslosigkeit der Wahlrechtsbewegung unter den jetzigen Verhältnissen im bayerischen Landtage die Liberalen an ihren Forderungen festhalten. Es wurde daraufhin die folgende Resolution beschloffen: „Die liberale Fraktion wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß baldigst eine unabweisbare Antwort der Staatsregierung auf die lautenden Anträge zur Einführung der Verhältniswahl erfolgt. Die Verfassung fordert die Fraktion auf, nicht zu ruhen, bis ein gerechtes Wahlrecht in Bayern eingeführt wird. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle parlamentarischen Mittel, nötigenfalls auch die Budgetverweigerung, in Aussicht zu nehmen.“

Fabrik und Handwerk. Der Reichskanzler hat den Zentralverband deutscher Industrieller, den Bund deutscher Industrieller und den Deutschen Handelsrat zur Teilnahme an einer am 17. November stattfindenden Versammlung eingeladen, die sich mit der Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk beschäftigen wird. Der Reichskanzler hat den eingeladenen Organisationen gegenüber darauf hingewiesen, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn noch weitere Fragen in den Kreis der Verhandlungen gezogen würden.

Italien. Die Wahlen. Rom, 29. Okt. Raumrhe ist das Ergebnis von 488 (von 508) Wahlkreisen bekannt. Gewählt sind 233 Ministerielle, 50 Radikale, 17 verfassungstreue Oppositionelle, 27 Katholiken, 12 Republikaner, 3 Sozialisten und 18 reformistische Sozialisten. Das übrige sind Einzelwahlen.

Die Reformisten verlieren ein Mandat und haben acht neue erobert. Der Reformist Roderea, der in Audrio in Stichwahl steht, tritt zugunsten des Sozialdemokraten zurück. Der reformistische Parteivorstand beschloß, bei der Stichwahl überall die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Die gesamte Presse anerkennt den gewählten Vorstoß unserer Partei.

Dem Wiener „Freundenblatt“ zufolge hat Graf Verdohl im Namen der österreichisch-ungarischen Regierung dem Ministerpräsidenten Sclonitz und dem Minister des Reichens von S. Giuliano aus Anlaß des Ausfalls der italienischen Wahlen die herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Was sich natürlich auf die hohe Zahl der gewählten Ministerielle bezieht.

Türkei. Deutsche Instanzen für die Türkei. Der Konstantinopeler Vertreter der „Frank. Ztg.“ meldet: Nach mehrtägigen Beratungen hat der Ministerialrat den Vorschlag des Arztesministers Jazet Pascha, eine deutsche Militärperson für die Türkei zu verpflichten, einstimmig angenommen. Dieser Mission werden, ähnlich wie der Militärmission in Griechenland, umfassende Vollmachten für ihren Wirkungsbereich erteilt. Sie soll schon Ende November ihre Tätigkeit aufnehmen. Zu ihrem Chef ist ein preussischer Divisionskommandeur ausersehen.

Der Strucker Bold sah in tödlicher Verlegenheit zu dem Kooperator auf, der den häßlichen Menschen bedeutend übertrug. Sein ohnedies gerötetes Gesicht war noch röter, und der gedrungene Stierkopf erschien noch widerlicher als gewöhnlich.

„Ich habe Ihnen den Strucker Bold mitgebracht, Gertraud Sommer ...“ fragte der Kooperator an. „Damit Sie ihm persönlich sagen, daß Sie ihn verziehen haben. Er will es von Ihnen hören. Sonst kann er den Frieden nicht finden.“

„... hab's mit tun wollen, Gertraud. G'miß nit!“ sagte der Burfide mit unbedrückter Stimme. „I hab's ton ... und i hab's abtöndt. Aber du ...“

Mit leisem Druck legte das Mädchen ihre Hände auf seinen Arm und sah ihn freundlich und gut an.

„Lina nimmer reden davon, Bold!“ bat sie mit weicher Stimme. „Sag dir her zu mir da und tu mir erzählen.“

„Rachher trogt mir nit nach, Gertraud?“ fragte der Strucker Bold erleichtert. „G'miß nit!“

„Na, Bold. G'miß nit. I muoch dir ja so dankbar sein. Bist ja nur a Werkzeug gewesen von unserm Herrn.“

„Dange Zeit blieben die drei noch in der kleinen Stube und plauderten. Dem Strucker Bold wurde es ganz leicht ums Herz. Jetzt erst fühlte er sich von der Schuld befreit, seitdem die Heilige ihm selbst vergeben hatte.

Drei Jahre waren seitdem ins Land gezogen, und in Steinberg hatte sich wenig ereignet, was die Gemüter der Bevölkerung in Aufregung versetzt hätte. Es war so ziemlich alles seinen ruhigen, einformigen Lauf gegangen.

mehr Eindruck machte, ein bißel mit den Hellebarden auf dem steinigen Pfahler und tot dann in einem heimlichen Winkel der Gassen ein kurzes Schlächten, bis der helle Glockenton vom Kirchturm herab ihn zu neuer Pflichterfüllung weckte.

Der Sobler Much stand bei jeder Tageszeit, wie er es gewohnt war, vor seinem braunen Holzhaufen, schupperte heftig die Lust durch die Nase und sah mit wechem Blick zum Berg hinauf, wo sein Hoamat stand. Dann schlich er mit gesenktem Kopf in sein Häuß hinein oder hinüber zur Gertraud Sonnweber, wenn sie im Anger lag.

Im Winter aber verfracht sich der Much in seine Hölle. Wochte nicht gern hinübergehen in das Haus der Sonnweberischen. Dort pocht ihm alles mitamt nicht. Es ging dort so fromm und heiligmähig zu. Leute kamen und gingen, beteten und opferten.

Das war dem Alten wider seinen Sinn. Er war am liebsten allein mit der Gertraud. Sprach mit ihr von seinem Unglück oder redete auch gar nichts, sondern stand nur müßig umher. Dabei war er froh, daß es überhaupt noch einen Menschen in der Welt gab, der Anteil nahm an ihm und seinem Leid.

Der alte Sobler Much war jetzt noch einsamer als früher. Sein blondes Diandl hatte den Ochsenreiter Wolf geheiratet. Trüben kostete sie, auf der anderen Seite des Stammhofs. Ein kleines, gemauertes Häuß, einstöckig und ziemlich außerhalb des Dorfes gelegen, so daß der Simon Pordeler bei seinen nächtlichen Rundgängen gar nicht an dem Häuß vorbeikam.

Er wäre ohnedies nicht hingegangen, sondern hätte einen weiten Bogen um das Haus gemacht, wie vordem um das Ochsenreiterhaus. Denn der Ochsenreiter Wolf und sein junges Weib hatten eine Wirtshaus errichtet und die ehemaligen Stammgäste der Romn' alle an sich geleckt.

(Fortsetzung folgt.)

lokales.

Rüstringen, 30. Oktober.

Vom Notariat für das Großherzogtum

Ziel unstrittig war im vorigen Jahre ein Antrag, für das Großherzogtum das Notariat einzuführen. Die Regierung hat nun Erhebungen angeordnet und erstattet den nachstehenden Bericht an den diesjährigen Landtag: Der Landtag hat sich in einer vorläufigen Beratung infolge eines durch den Abgeordneten Dackhoff gestellten Antrages grundsätzlich mit der Einführung des Notariats für das Großherzogtum einverstanden erklärt und die Staatsregierung ersucht, der nächsten Verammlung mitzuteilen, welchen Ausfall die Kosten der drei Randesteile schätzungsweise durch Einführung des Notariats erleiden würden. Das Staatsministerium hat von sämtlichen Gerichten Beside eingezogen und bemerkt hierüber folgendes:

Es ist zu ermitteln berichtet worden, wieviel Gerichts- kosten in den Jahren 1911 und 1912 in den Angelegenheiten eingekommen sind, die bei einer Einführung des Notariats voraussichtlich auf zur Zuständigkeit der Rotare gehören würden. Nach den Berichten der Amtsgerichte haben sich die in der Anlage angegebenen Zahlen ergeben, die zum Teil freilich nur auf Schätzung beruhen. Es ist weiter davon auszugehen, daß ebenso wie in Preußen die Amtsgerichte und Rotare neben einander in gleichem Umfange die Zuständigkeit zur öffentlichen Beurkundung zulände und die Rotare die Gebühren in Höhe der Gerichtskosten bezogen. Es fragt sich dann, wieviel, wenn bei jedem Amtsgericht ein Rotar angestellt würde, von dem in der Anlage enthaltenen Betrage an Gerichtskosten den Rotaren zukommen, also von den Gerichtskosten abgehen würde.

Viele Gerichte haben sich außerdem erklärt, hierüber auch nur schätzungsweise irgend etwas angeben zu können. Andere Gerichte haben diesen Betrag auf 1/2, 1/3 bis 1/4 und mehr, 1/2 bis 1/3 geschätzt; das Amtsgericht Rüstringen war der Ansicht, daß ein nennenswerter Ausfall überhaupt nicht zu befürchten sei, da die in dem benachbarten Wilhelmshaven ansässigen Rotare jetzt schon auch von dem Rüstringer Publikum in Anspruch genommen würden. Bei der Unsicherheit und Verschiedenheit aller dieser Angaben lassen sich irgend welche sichere Schlüsse daraus nicht ziehen.

Man wird aber wohl annehmen dürfen, daß in der ersten Zeit nach Einführung des Notariats, abgesehen von der Stadt Oldenburg, Rotare nur ganz vereinzelt bei den Amtsgerichten vorhanden sein werden. In den Amtsgerichten bezügl. wo keine Rotare ernannt sind, wird man aber einen irgend erheblichen Ausfall an Gerichtskosten nicht zu befürchten brauchen. Für den Anfang wird ferner sehr in Betracht zu ziehen sein, daß das Publikum von Älteren her daran gewöhnt ist, sich in den zur Zuständigkeit der Rotare gehörenden Sachen unmittelbar an das Amtsgericht zu wenden und sich nur allmählich an den Verkehr mit den Rotaren gewöhnen wird. Auf dem Lande wird auch die langjährige Geschäftsverbindung mit Kassenotaren und Notarungstellern ein nicht unerhebliches Hindernis sein. So wird man vielleicht annehmen können, daß abgesehen von den Städten, in den ersten Jahren nach Einführung des Notariats kein erheblicher Ausfall in den Gerichtskosten stattfinden wird. Wie viel er aber in den Städten betragen wird, dafür fehlt es in den ersten Jahren an jedem festen Anhaltspunkt. Im Laufe der Jahre wird er aber wohl immer größer werden.

Daß nach Einführung des Notariats die Arbeit der Gerichtsbeamten sich in dem Maße vermindern wird, daß Beamtenstellen überflüssig werden, ist nach den angeführten Ermittlungen ausgeschlossen. Auch darüber läßt sich nichts Gewisses sagen, ob in Zukunft wenigstens die Schaffung neuer Beamtenstellen vermieden oder doch hinausgeschoben werden könnte. Es fragt sich endlich, ob die Einführung des Notariats etwa eine größere Einnahme an Stempelsteuer mit sich bringen würde, indem man annähme, daß jetzt vielfach Urkunden bei nichtoldenburgischen Rotaren beurkundet und dadurch der oldenburgischen Stempelpflicht entzogen würden. Es ist ferner dem Verdict ausdruck gegeben worden, daß bei Verkauf, Rechtsanträgen usw. eine große Anzahl von Urkunden liege, die an sich der Stempelpflicht unterliegen, zu denen der Stempel aber nicht entrichtet sei. Da nun die Rotare verpflichtet sein würden, darüber zu wachen, daß die Vorschriften des Stempelsteuergesetzes beachtet würden, so würde sich dann, wenn ein oldenburgischer Rotar mit der Sache befaßt würde, eine Mehreinnahme an Stempelsteuer ergeben.

Diese Vermutungen werden jedoch von der ganz überwiegenden Anzahl der Amtsgerichte nicht für begründet erachtet. Da nun die Amtsgerichte jedenfalls den besten Einblick in die hier in Betracht kommenden Verhältnisse haben, wird man auf einen irgend erheblichen Mehrertrag an Stempelsteuer infolge der Einführung des Notariats nicht rechnen können.

Nach den Lehrlingen die Gefellen. Wie in den bürgerlichen Müttern bekannt gegeben wird, ist im Anschluß an den im Mai 1911 gegründeten Lehrlingsverein ein Gefellenverein der Kaiserl. Werkst. unter Leitung des Werksverwaltungsleiters Düler geschaffen worden. Damit ist beabsichtigt, die aus dem Lehrverhältnis und damit aus der Lehrlingsvereinigung auszufallenden jungen Leute in dem alten Geiste weiter zu erziehen; damit sie nicht etwa den Ideen der modernen Arbeiterbewegung und damit den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei verfallen. Von 24 aus dem Lehrverhältnis ausgeschiedenen jungen Leuten sollen dem neuen Gefellenverein 22 beigetreten sein. Die Leute werden von Jahr zu Jahr älter und eines Tages wird es ihnen in dem Gefellenverein nicht mehr gelegen; dann wird die Werkst. schließlich, wenn sie weiter über ihre Schützlinge wachen will, auch noch einen Männerverein schaffen müssen. Erst so hat sie von der Wiege bis zum Grabe für ihre Schützlinge gesorgt.

Vorausgesetzt allerdings, daß nicht nach und nach in den einzelnen Vereinen immer weniger werden, was zu erwarten ist. Sobald die Gefellen über ihre Lage erst nachdenken, in die wertvollsten und isolierten Zusammenhänge des Berufs der Lohnarbeit eintreten, wird ihnen die last- und frohlose Last des Gefellenvereins am Eingelbunde des Bemalungsfreiers von ganz allein nicht mehr gefallen und sie werden dorthin sich wenden, wo ihnen statt wertvoller Surrogate wirklich gute Kost geboten und an der Besserung der sozialen Lage des Arbeiters gearbeitet wird, gearbeitet nicht mit schönen Worten, sondern durch Aufklärung und Agitation. Wie die für die Bestimmung des Arbeitermaßstabes für die soziale Arbeit schon so oft bei ihren Bemühungen hat trübe Erfahrungen machen müssen, wird es auch diesmal nicht viel anders werden. Viel Mühe umsonst.

Ueber die sozialdemokratische Jahreshundertfeier in Jena drückt die „Wiltb. Zeitung“ einen Artikel Professor Dr. Julius Bierhoff in der „Jenaischen Zeitung“ kommenlarlos ab. In Jena hat sich die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion an der Festigung zur Jahreshundertfeier beteiligt. Daß die vorher Garanten forderte, nicht zu patriotischen und byzantinischen Inzidenzen dabei mißbraucht zu werden, ist für jeden einigermaßen vernünftigen und objektiven denkenden Menschen klar. Das hat aber der Prof. Dr. Julius Bierhoff nicht gefallen und großem Volkert er über die „Einseitigkeit“ der Festrede, benämigt, daß Bismarck und Kaiser Wilhelm I. nicht mit genannt wurden und ergeht sich schließlich in polemischen Auseinandersetzungen über die Herkunft der Wörtern der Sozialdemokratie. Der Meinung wie der Jenerer Professor ist die Redaktion der „Wiltb. Ztg.“ auch und ausgedrückt ihr steht es wirklich besonders gut an, über die „Einseitigkeit“ des Festredners in Jena sich zu moieren, nachdem sie in der unbilligsten Weise in ihren Spalten wochenlang Jahreshundertfest veranstaltet hat.

Vom Bahnhofsplan. Der Plan über die Umgestaltung der Bahnanlagen in Wilhelmshaven wird von Donnerstag den 30. Oktober bis Donnerstag den 6. November 1913, beide Tage einschließl., im Rathaus zu Wilhelmshaven, Zimmer 3 öffentlich ausgelegt. Einzige Einwendungen gegen den Plan sind innerhalb der Auslegungszeit bei dem Wilhelmshavener Magistrat einzureichen.

Achtung, Mauerer und Bauarbeiter! Auf der Nordseeinsel Wangeroog bei den Kalkenbauten des Unternehmers Janßen in Wangeroog sind Differenzen ausgebrochen. Der Deutsche Bauarbeiterverband richtet deshalb das Ersuchen an alle Mauerer und Bauarbeiter, die Insel Wangeroog unter allen Umständen zu meiden und Solidarität gegenüber den dortigen Arbeitern zu wahren.

Die Schiffsliste für billige Preise nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gram) ist für die nächste Zeit folgende: „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 1. November, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 4. November, „America“ ab Hamburg 6. November, „Großer Ausfall“ ab Bremen 8. November, „George Washington“ ab Bremen 12. November, „Kaiserin Augusta Victoria“ ab Hamburg 22. November, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 29. November, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 2. Dezember. (Vollständig nach Anstuf der Frühlage.) Alle diese Schiffe sind Schnellpostdampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten.

Wegen Unzufriedenheit, begangen an seiner Stieftochter und seiner leiblichen Tochter, ist der Schneider W. aus der Wilhelmshavener Straße in Haft gestellt worden. Er hat seit Jahren die Kinder geschlechtlich mißbraucht, die Stieftochter von deren 12. und die leibliche Tochter von 14. Jahre ab. Die vor zwei Jahren verstorbenen Gattin des Büttlings soll um die Verführung des Mannes gekümmert haben.

Die Kindesunterstützung in der Genossenschaftsstraße scheint einen harmlosen Verkauf zu nehmen. Die Beschuldigte war schwanger, will aber nicht gebären, sondern einen Abortus gehabt haben, die Ergebnisse sind allerdings im Ofen verbrannt. Verhaftungen sind bis jetzt keine vorgenommen.

Der Wiltshändler Mengeler aus Sande mißhandelt heute morgen einen kleinen Knaben, der dem Pferde des R. ein Stückchen Brot geben wollte, in barbarischer Weise mit der Weichte. Den einschreitenden Postanten bot der Wiltshändler auch die Weichte an. Es ist Anzeige erstattet.

In dem Gaunerreich an dem Zivilnotaren, dem in einer Wirtshaus in Roperhöden das Portemonnaie mit ungefähr hundert Mark entwendet wurde, ist noch nachzutragen, daß neben den der Lot verdächtigen Jechern, einigen Arbeitern und einem Matrosen der Marine, auch der Wirt in Haft genommen worden ist. Sie sollen den Raub gemeinschaftlich geteilt haben.

Wilhelmshaven, 30. Oktober.

Eine neue Torpedobootflotte — die siebente — wird hier am 1. November zum erstenmal in Dienst gestellt werden. Die neue Flotte wird von der am 1. April bei der 2. Torpedodivision formierten 4. Abteilung aktiviert und setzt sich aus der 13. und 14. Halbflotte zusammen. In diese beiden Halbflotten wird das neueste Torpedobootmaterial eingeteilt werden. Gleichzeitig mit der 7. wird auch die 6. Torpedobootflotte in Dienst gestellt werden. Beide Flotten werden als Schulflotten Verwendung finden.

Die Einweisung der Gewerbesteuer fand gestern mittag mit dem üblichen Pomp statt.

Warnung vor Trankuchtmitteln. Uns wird geschrieben: Immer wieder und wieder sieht man in den Wätern die großartigen Anzeigen von Trankuchtmitteln. So wurde früher ein Mittel unter dem Namen „Alcola“ angeboten, bis die Behörde vor diesem „wertlosen, unter gewissen Umständen sogar gesundheitsgefährlichen“ Erfindungsmittel öffentlich warnt. Dasselbe Mittel erdient jetzt unter der Deckadresse der Frau Anderson in Hilburn N.-G. Schreibt man an diese Dame, so verweist sie auf das „Alcola“-Mittel,

das dann wieder für 20 Mk. von dem Alcola-Institut zu beziehen ist. Aber auch vor der Deckadresse dieses Mittels hat der Polizeipräsident von Berlin bereits gewarnt. Ein anderes Trankuchtmittel wird in der allerletzten Zeit von einem Herrn Woods aus London angepriesen. Dort wird zuerst ein Buch gratis geliefert, in dem natürlich wohl auch auf das eigentliche teure Mittel hingewiesen wird. Die öffentliche Warnung auch vor diesem Mittel wird wohl nicht ausbleiben. Immer wohnen diese Trankuchtmittel in den Ausland, weil sie dort gerichtlich nicht zu fassen sind. Damit die armen Mütter, deren Schicksal sie an die Seite eines Alkoholkranken gestellt hat, nicht auf diese neuesten Anpreisungen ihr teuer verdientes Geld fort, und noch dazu in das Ausland schicken, mögen sie hiermit vor dem Bezug von Trankuchtmitteln überhaupt gewarnt sein. Es ist erseichtlich, daß ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 16. Januar 1912 und namentlich eine antilige Warnung vor dem Bezug von Mitteln zur Bekämpfung der Trankuchtmittel des landrätlichen Hilfsbeamten in Wilhelmshaven vom 27. Oktober 1913 darauf hinweist, daß bisher keinerlei Arznei für die Entwöhnung von Trankuchtmitteln als wirksam erwiesen hat, vielmehr nur Erleichterung aller alkoholischen Getränke, wenn nötig unter Überführung des Trankers in eine geeignete Heilanstalt, bei der Behandlung der Trankuchtmittel Erfolg liefern kann. Diesen treffenden Worten sei hinzugefügt, daß auch die in einer Anzahl geteilten Alkoholkranken sich in den meisten Fällen nur dann gesund halten, d. h. nicht trinken, wenn sie sich einer Entwöhnungskur unterziehen.

Stadttheater. (Aus dem Theaterbureau.) Am Freitag den 31. Oktober, abends 8 Uhr, geht vielen Wätern des Theaterpublikums entsprechend die tragische Komödie „Traumulus“ von Reno Holz und Oskar Jirischke neuinszeniert in Szene und zwar im Abonnement II. Die Titelrolle spielt Herr Bede, welcher auch gleichzeitig die Spielleitung inne hat. Herr Direktor Holz wird die Rolle des Rur v. Jeddy spielen. — Am Sonntag den 1. November, abends 8 Uhr, findet zu kleinen Preisen eine große Volksvorstellung von „Jar und Zimmermann“, Oper von Lohring für Wilhelmshaven und Rüstringen statt. Die Preise der Plätze sind nur 1 Mk., 75 Pf. und 40 Pf., um einem jeden den Besuch der Vorstellung zu ermöglichen. — Am Sonntag den 2. November gelangt die Operette „Der Bettelstudent“ neu inszeniert in glänzender Besetzung zur Aufführung. Es ist auf diese Operette eine ganz besondere Sorgfalt verwandt und wird selbst die kleinste Rolle von einem Mitglied der Oper und Operette dargestellt. — Für die Schillerfeier am 11. November ist „Die Jungfrau von Orleans“ angelegt. — Heute abend geht zu kleinen Preisen die Jean Gilbertsche Pöffe „Puppen“ in Szene. — Galerebillets zu Vorkurspreisen sind zu allen Vorstellungen stets in der Expedition des „Norddeutschen Volksblattes“ zu haben.

Uns aller Welt.

Waffenstreik gegen die Staatskirche. Eine Waffenkammer gegen die orthodoxe preussische Landeskirche waren die vier öffentlichen Volkserkrankungen, die das Komitee konfessionslos vorgetragen abend in Berlin einberufen hatte. Die größten Versammlungshäuser waren geräumt worden und alle waren überfüllt, auch der riesige Saal der Neuen Welt; im ganzen nahmen über 8000 Personen an den Versammlungen teil und 1328 Kirchenaustrittserklärungen wurden unterzeichnet. Ueber das Thema „Waffenstreik gegen die Staatskirche“ sprachen als Referenten unter anderen Geheimrat Professor Olwald, Dr. Bruno Wille, Fabrik-Breslau und die sozialdemokratischen Abgeordneten Deuß, Dr. Liebnicht, Adolf Hoffmann, Vogtberg, Stettin.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Oktober. Vom Brandt-Gebäude-Prozess: Der Eintritt in die heutige Verhandlung legte der Oberstaatsanwalt Verwahrung ein gegen einige Zeitungsartikel, die das Verhalten des Staatsanwaltes in bezug auf das beschlagnahmte Material des Herrn v. Mehen einer scharfen Kritik unterzogen haben. Er habe das Material zur öffentlichen Kenntnis bringen wollen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Angeklagten oder die Firma Krupp entloset oder belastet werden. Justizrat von Gordon entgegnete darauf unter allgemeiner Bewegung, daß es sich tatsächlich herausgestellt habe, daß in dem beschlagnahmten Material sich zahlreiche militärische Geheimnisse, auch des Auslandes und der Treibhandlungen befände, durch dessen Verleugung ein ungeheures Unflut hervorgerufen werden könne.

Breslau, 30. Oktober. In dem Sittenprozeß, der gestern vor der hiesigen Strafkammer zu Ende ging, erhielten ein Angeklagter ein Jahr Gefängnis, zwei Angeklagte je 7 Monate und sechs Angeklagte je 6 Monate Gefängnis, die übrigen fünf wurden freigesprochen.

Elberfeld, 30. Oktober. Im Sommer 1907 wurde die Witwe Hamm aus Handerbach in der Nähe von Elberfeld wegen Weibliche bei der Ermordung ihres Mannes von den Geschworenen schuldig gesprochen und darauf zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mörder selbst blieb unermittelt. Auf Grund der Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei, wonach Hamm das Opfer eines Einbrechers gemordet ist, haben die damaligen Geschworenen an den Staatsanwalt das Erlauchen gerichtet, das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten.

Verantwortliche Redakturen: Für Politik, Preußen und den übrigen Zeit: Assef-Wilke; für Lokales und Aus dem Lande: Oskar Gänig. — Verlag von Paul Dug, Neustadtstr. 10 von Paul Dug & Co. in Rüstringen.

Dierzu eine Beilage.

Spielplan
des Stadt-Theaters.
Donnerstag den 30. Oktbr. 1918
Dramula.
Freitag den 31. Oktober 1918
Puppchen.
Sonnabend den 1. Novbr. 1918
Zar und Zimmermann.
Sonntag den 2. November 1918
Bettelstrolch.

Vorteilhaftes Angebot
Reklame-Bett!
31,50 Mk.
Oberbett, Unterbett
und Kissen, vollstän-
dige Größe und gut
gefüllt. Garantie für
federdichtes Salet u.
neue gerein. Federn.
F. H. Huismann
Roosstrasse 101.

Wollen Sie ein gutes Bett
so wenden Sie sich vertrauens-
voll an die Firma **Georg Eden**,
Werftstraße, dort werden Sie
streng reell und billig bedient.

Zufall!!
Grösseren Posten
Herrenstiefel
mit und ohne Lackkappen
Lederbrausohlen und
Kappen, moderne Formen
Mk. 8.50 7.50 6.50
**Mädchen- und
Knabenstiefel**
gute Qualität, breite Form
6.50 5.50 4.50 3.75 3
Nur solange Vorrat!
Ed. Pannbacher,
Wilhelmshav. Strasse 39.

ACHTUNG
Summen Sie die in jeder
Wybert-Schachtel liegenden
den runden Prospekte mit
der Abbildung der
BONBONNIERE
Wer zu diesen Prospekten
entweder erhält eine re-
spektvolle Bonbonniere gratis
Verlangen Sie überall
WYBERT
REKLAMEMARKEN
in allen Apotheken, Dro-
gerien und Wybert-Abteil-
ungen für MKL-erhältlich

Achtung!
Jeden Freitag früh 10 Uhr:
Schiffische
Blut- und Leberwurst
abends frische warme
Knoblauch-Wurst
Herm. Aust
frisch schmelzender Fleisch- und
Wurstwaren mit elektr. Betrieb.
Kühlingen, Peterstr. 6
Nur achte genau auf meine Firma.
Einrentung, Majjieren
u. Behandlung verstaubter Glieder
Jean Entand, Wagenstraße 6.

**Warum darf
Hennings
Calcium-Brot
nicht fehlen?**
Prospekte bitte abzufordern in den Filialen und Niederlagen.

ULSTER • PALETOTS
für
Herren, Jünglinge
und Knaben
ANZÜGE
Hervorragend schön im Sitz ∴ Vollendeter Ersatz für
Grosstadt-Auswahl ∴ ∴ Massanfertigung.
Unvergleichlich niedrigste Verkaufspreise.
Original Kieler Marine-Molton-Anzüge
in 12 Grössen am Lager.
**Konfektionshaus
KARIEL**

Ein Versuch, und Sie bleiben dauernder Kunde!!
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Unsere
Einheits-Preislage
für Herren- und Damen-Stiefel
Jedes Paar **7⁵⁰** erregt überall
nur **7⁵⁰** berechtigtes
AUFSEHEN!
SCHUH- HAUS MODERN
8 Marktstrasse 8
Man beachte unsere Unsere Bons haben
Fenster Gültigkeit

Doppelte Rabattmarken
verabfolgen wir bis Sonnabend den 1. November auf:
Thama (Süß- u. Telfatch-Mark.) . . . per Pfd. 90 Pf.
Tha-Ga (Pflanzenbutter-Mark.) . . . per Pfd. 80 Pf.
Feine Margarine per Pfd. 70 Pf.
Ein Versuch überzeugt!

Hamburger Kaffee-Lager
Tham & Garfo, Marktstraße 29B

Umzüge
erfolgen billigst
Notz Nadler,
Rein-Geinrich-Str. 4, Tel. 950.
Für Brautleute
hochf. Schloß- und Rauten-Abhän-
gung, 1 Speise, 1 Tisch, 1 Stuhl, 1
Wohlmöb., 1 Bismarckstr. 7.

Sämtliche Drucksachen liefern billigst Paul Hug & Co.

**Hebammen - Unterstützungs - Verein
in Krankheits- und Sterbefällen.
Wohltätigkeits-Fest**
Einladung zu dem am Sonnabend den 1. November
im Parkhaus stattfindenden
19. Stiftungsfest
bestehend in Konzert, Theater, Vorträgen
und Ball. Musik: Kapelle der Matr.-Div.
Einführungen sind gestattet. Eintrittskarten sind bei
sämtlichen Mitgliedern des Vereins und beim Park-
hauswirt zu haben.
Anfang präzise 8 1/2 Uhr abends.
Um recht zahlreichen Besuch bittet im Namen
des Vereins freundlichst **Der Vorstand.**

Metallarbeiter - Verband
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Sonnabend den 1. November
abends präz. 8 1/2 Uhr:
Branchen - Versammlung
der Schlosser und Schmiede
bei Hatteland, Grenzstr. 38.
Wegen der äußerst wichtigen
Tagesordnung ist es Pflicht jedes
Mitgliedes zu erscheinen.
Die Branchenleitung.
Nichtung!
Bürgerverein Heppens
(weiliger Teil)
Sonnabend den 1. November,
abends präz. 8 1/2 Uhr:
Wohnat - Versammlung
im „Tivoli“.
Tagesordnung:
1. Führung und Aufnahme,
2. Kommunales,
3. Stiftungsfest,
4. Berichtlesen.
Sitzfähiges Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Bürgerverein Bant.
Sonnabend den 1. November,
abends 8.30 Uhr:
Versammlung
im Vereinslokal „Deen“.
Tagesordnung:
1. Führung der Beiträge und
Einnahmen,
2. Statutenangelegenheiten,
3. Kommunales Angelegenheiten,
4. Stiftungsfest,
5. Berichtlesen.
Der wichtigen Tagesordnung
wegen ist das Erscheinen sämtlicher
Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand.

Bürgerverein Sportens.
Sonnabend den 1. Novbr. cr.,
abends präz. 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Schütt.
Um vollständiges Erscheinen er-
fordert.
Der Vorstand.
**Verein für
Feuerbestattung.**
Donnerstag den 6. Nov. cr.,
abends 8.30 Uhr
- Außerordentliche -
Mitglieder - Versammlung
im Deutschen Hause, Wallstraße.
- Tagesordnung: -
1. Antrag des Vorstandes: Der
Verein soll in das Vereins-
register eingetragen werden.
2. Beratung der neuen Statuten.
3. Berichtlesen.
Der Vorstand.

F.-C. Comet von 1905
Die Generalversammlung
findet nicht am 1. Nov., sondern
am **Sonnabend den 8. Nov.**,
abds. 8.30 Uhr, i. Schützenhofs statt

**VARIETE THEATER
ADLER**
Nur noch zwei Tage
Consul
und das
phänomenal. Schillerprogramm
Freitag:
Nichtraucher - Abend.

Kaiser-Wilhelm-Saal
Edle Räder und Bismarckstr.
Jeden Freitag und Sonntag:
Grosser öffentlicher Ball.
Es ladet freudl. ein
Dr. Heffner.
Dankagung.
Für die vielen Aufmerksamkeiten
anlässlich unserer Hochzeit sagen
biten Dank.
E. Hedrovi und Frau,
geb. Hirtsch.

Anschläge gegen die Ortskrankentassen!

Ebenso interessant wie notwendig ist es, zu beobachten, wie die Staatsbürokratie ihren heimlichen Wünschen auf Umwegen zuzukommen, wenn sie direkt nicht zu verwirklichen waren. Hieron zeugen wiederum die Maßnahmen, die gegen die Ortskrankentassen ergreifen, von der preussischen Regierung gegen die arg verführte Selbstverwaltung der Ortskrankentassen geplant sind. Preußen strebt eigentlich von jeder nach der Verstaatlichung, mindestens nach der Kommunalisierung der Ortskrankentassen. Regierungsrat Hoffmann vom preussischen Handelsministerium verlorde bekanntlich schon 1900 darauf nachzuweisen, wie es innerer Bedarfs der Krankenversicherung sei, die zu zentralisierenden Ortskrankentassen an die Gemeindevormaltungen anzugliedern, den Kostenverfallenden aus der Zahl der Kommunalbeamten zu ernennen und die Angehörten durch die Gemeinden, natürlich auf Kosten der Gemeinden, zu stellen. Das war nun mit der Reichsversicherungsordnung nicht zu erreichen. Selbst die Unternehmer wehrten sich gegen solche Entwürfe. Sie ließen sich von der Regierungsbürokratie aber auf den Vornamen, als jene Wehrungen auf verhielt wurden in der Gewährung weitgehender Einflüsse und Vergünstigungen an die Arbeitgebervertretung auf Kosten der Versicherten. Denn die jetzt vorgeschriebene Wahl des Kostenverfallenden und der Angehörten durch die getrennte Abstimmung der Unternehmer und Arbeiter im Kostenverfallenden spekuliert auf die Uneinigkeit beider Gruppen, damit dann recht oft die Versicherungsbedürfnisse der Versicherten erkennen können.

Das mag für den Anfang nicht viel sein, sporn aber umso mehr Preußens Latenzdang an. Reuendings zeigt man sich den Krankenversicherungen — gefällig und rüdet eine staatliche Stellenvermittlung ein, damit sie ja nicht Mangel leiden an „geplanten“ Werbemännern. Nach ist also die Ernennung des Kostenverfallenden nicht die Regel, aber den Militärämtern mit dieser Rolle, nachdem sich jetzt Industrie und Handel für den Kommissarbestanden — baut man recht ernst den Weg bis zu den Kostenstellungen.

Solcher Verpreuung der Ortskrankentassen soll jetzt eine weitere Maßnahme dienen. Preußens Regierung wird demnach „Küster“ einer Dienstordnung herausbringen, die nach dem Gesetz für die Kostenangestellten geschildert werden muß. Zwei Punkte in der preussischen Dienstordnung sprechen eine deutliche Sprache dafür, wie mit allen Mitteln verfuert wird, die Macht der staatlichen Versicherungsbehörden auf Kosten der verringerten Selbstverwaltung dominierend auszugestalten. Das sind die Vorschläge für

1. einen Prüfungsausschuss und
2. die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt.

Das preussische Handelsministerium möchte den Krankenversicherungen einen Prüfungsausschuss vorschreiben, vor dem jeder Angestellte, der angestellt oder befristet werden soll, seine sachliche Befähigung zu erbringen hat. Solche Prüfungen hat man allerdings schon in einigen großen Kassen. Aber — und das ist der irrende Punkt — hier prüfte der Kostenverfallende unter Mitwirkung leitender Angestellten. Nunmehr soll aber der Prüfungsausschuss durch die Dienstordnung überall geschaffen und wie folgt besetzt werden: ein Vorstandsmitglied, ein Angestellter und ein Vorstehender, den aber das Versicherungsamt, also die Behörde, bestellt! Die Antwoorten sind gleich auf jedes Jahre hochgeschraubt. Das Verfahren des Prüfungsausschusses und den Gang der Prüfung soll eine Prüfungsordnung regeln, die wiederum von einer behördlichen Stelle, dem Oberversicherungsamt, zu genehmigen wäre. Dem Verfahren ist damit jegliche Selbstständigkeit bei der Auswahl der Angestellten genommen, denn er könnte nur nach solche Angestellte anstellen, deren Anstellung auf dem Wege der Prüfung ihm von dem ernannten Vorstehenden des Prüfungsausschusses erlaubt wird. Der Vorstehende soll nämlich autorisiert werden, jeden Befehl des Prüfungsausschusses beim Versicherungsamt zu beanstanden; über diese Beanstandung entscheidet alsdann der Vorstehende des Versicherungsamtes endgültig; also auch die hier antretenden Vertreter der Arbeiter und Unternehmer werden ausgeschlossen.

Gelänge dieser Anschlag, dann — abe Selbstverwaltung! Deshalb muß sich die breite Öffentlichkeit mit diesem dreisten Vorstoß beschäftigen, um die Staatsbürokratie in ihre Grenzen zurückzuweisen. Es ist umso mehr ein dritter Vorstoß, weil für solchen Prüfungsausschuss aber auch jegliche gesetzliche Unterlage fehlt. Das befristet den Verdacht, es handelt sich dabei um Erlangung eines Zieles, das solche Lagen lohnt. Und wahrhaftig, auf solchem Wege den Kostenverfallenden die Militärämtern an den Hals zu hängen — das ist ein Preis, für den man eine kleine Bloßstellung in den Kauf nehmen würde!

Interessant wird sein, wie die Unternehmer diese Absichten aufnehmen werden. Nach Lisse wird auch ihnen zu verleben gegeben, daß sie ebenso wenig Vertrauen verdienen, wie die roten Arbeitervertreter.

Daß das Versicherungsamt so leicht zum Beherrscher der Ortskrankentassen werden würde, genügt augenscheinlich noch nicht. Auch die vorhandenen Angestellten, die den kommenden Prüfungsausschuss nicht mehr zu politieren brauchen, sollen untertan sein der Behörde. Deshalb möchte man sie zu Staatsbeamten machen. Hierfür soll § 329 der Reichsversicherungsordnung erhalten. Ein Kostenverfallender kann danach „Beamte auf Lebenszeit oder nach Bundesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen“. In der Reichstagskommission erlärte das ein Regierungsvertreter so: „Der Entwurf lege hier die Anstellung mit

Anrecht auf Ruhegehalt nicht in Gegensatz zu der lebenslänglichen oder der unwiderruflichen Anstellung. Die Ausdrucksweise des Entwurfs nehme nur darauf Rücksicht, daß in einzelnen Bundesstaaten die Anstellung auf Lebenszeit nicht üblich sei; sie werde dort durch eine unwiderrufliche Anstellung oder eine Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt ersetzt. Auch bei der lebenslänglichen und der unwiderruflichen Anstellung werde regelmäßig ein Ruhegehalt gewährt.“ Diese Auslegung war für die Zustimmung des Reichstags ausschlaggebend. Daraus ergibt sich, daß mit den Worten „Anrecht auf Ruhegehalt“ materiell daselbe gesagt wird wie mit der Anstellung auf Lebenszeit, daß es nur eine Aufzählung der in den Bundesstaaten verschiedenen Benennungen ist. Was möchte aber Preußen daraus machen? Es legt die angezogene Gesetzesstelle so aus, daß die Landesregierung berechtigt wäre, alle die Angestellten zu staatlichen Beamten zu machen, die von ihrer Stelle pensionsberechtigt, wenn auch auf Kündigung, also nicht lebenslänglich, angestellt sind. Solche Aufstellung verfuert aufs schärfste gegen die angezogene ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in der Reichstagskommission. Auch mit dem § 353 Ziffer 3 der Reichsversicherungsordnung sieht diese Auslegung in unlöslichem Widerspruch, der auch von der Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge an Angestellte spricht. Dieses Recht soll hiernach in der Dienstordnung geregelt werden und unterliegt nur bei deren Genehmigung der allgemeinen Kontrolle des Oberversicherungsamtes, während bei dem Ruhegehaltsanspruch aus § 359 der R.V.O. in jedem Einzelfalle die Zustimmung dieser Behörde erforderlich ist. Kann man sich vorstellen, daß die Landesregierung beide Bestimmungen getroffen hätte, wenn die preussische Auslegung richtig wäre? Denn dadurch würde § 353 geradezu sinnwidrig. Er hat nur dann eine Anstellung mit Ruhegehalt, wenn eben nach ihm noch eine andere Anstellung mit Gewährung von Ruhegehalt zulässig sein soll, und das ist eben die auf Kündigung. Deshalb ist die Kommissionsklärung der Reichsregierung durchaus schlüssig und klar. Aber weil es nicht zu seinen reaktionären Wünschen paßt, will Preußen sich über das Wort der Reichsregierung hinwegsetzen, möchte es deren entscheidend gemeine Erklärung „schlechte Folgen, vielleicht überlegt es doch einmal die unermesslichen Konsequenzen, die gezogen werden müssen, wenn selbst Bundesregierungen sich nicht mehr gebunden erachten an derartige Verfügungen der Reichsregierung.“ — Zunächst allerdings steht fest, daß das preussische Handelsministerium eine löbliche Einrichtung zum Belten von Angestellten als Ertragsregulationsmittel gegen die Selbstverwaltung ausüben möchte.

Preußen zieht systematisch Vorkämpfer zum Kaufgraben um die arg eingeschränkte Selbstverwaltung. Die Arbeiter und die Kassen werden sich nicht überlassen lassen, sondern aus den Plänen die Abwehrmaßnahmen treffen, die ihre Selbstverwaltung vor preussischer Beutung sichern.

Parteinachrichten.

Totenliste der Partei. Im Alter von 33 Jahren starb am 28. Oktober in Demold der Vorliegende des Sozialdemokratischen Vereins für das Fürstentum Lippe, Genosse Wilhelm Eagen. Der Verstorbene genöß das Vertrauen der Parteigenossen in hohem Maße. Als Landtagskandidat trat er bei den letzten Wahlen mit nur 25 Stimmen Rinderheit.

Die staatsgefährliche Wissenschaft vom Menschen. Genosse Truffer hält gegenwärtig im Auftrage des Zentralbildungsausschusses unserer Partei in Schlesien Vortrag über ob. Das Thema lautet: „Menschenkunde“. In Western wird die Vorkühnung der Lichtbilder durch den Antwoortgeber unterlegt. Auf telegraphische Verwerbe an den Landrat antwoortete dieser, dem Antwoortgeber müsse vorher ein Verzeichnis der vorzuführenden Bilder eingereicht werden. In der Begründung des Verbots des Antwoortgebers führte der Landrat u. a. aus: „Ein Vortrag über die Entwicklung des Menschen mit erläuternden Lichtbildern unter Zulassung von Hindernis ist nach der allgemeinen Auffassung des Lebens objektiv als geeignet anzusehen, das Ehem- und Eitlichkeitsgefühl gestüttet zu werden.“ Schließlich wurde der Lichtbildervortrag unter der Bedingung gestattet, daß jugendliche Personen unter 16 Jahren nicht anwesend sein dürfen. — Nunmehr wird sich der Regierungspräsident mit dem Vorgehen seiner untergeordneten Instanzen zu beschaffen haben.

Ein Preussischer. Wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Stadtrates wurde der verantwortliche Redakteur der Chemnitzer „Volkstimme“, Gen. Meyer, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in einem Artikel ein Gerichts Urteil glosiert, das einem seiner Kollegen sechs Wochen Gefängnis einbrachte. Es handelt sich um eine Kritik der Arbeitsordnung für das sächsische Müllabfuhrverbe, die so ungläubliche Bestimmungen enthält, daß selbst der Vorstehende des Gerichts sich zu dem Auspruch bekennen mußte, daß einzelne Paragraphen äußerst scharf und unsozial seien, — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Gewerkschaftliches

Verordnung des Streiks in Bremerhaven. Die telegraphisch mitgeteilt wird, haben die auf der Tecklenborg-Werft auskündigen Rieter heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich die Werkleitung gestern zu Konzessionen bereit erklärt hat. Der Wiedereintritt in die Arbeit erfolgte ohne Belagerung des Werkes.

Eine christliche Legende. Eine der am meisten gebrauchten Behauptungen in der christlichen Gewerkschafts-

agitation ist die, daß dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, die Löhne durchgängig höher seien als dort, wo die freien Verbände ihre Kerntruppen haben. Ganz besonders wird diese Agitationsmaxime vom christlichen Textilarbeiterverband gebraucht. Herr Schäfer sowohl wie die Hunderte kleinen und kleinsten Agitatoren tragen alljährlich tausendmal diese Behauptung in den Versammlungen vor, und alle ihre Zeitungen wiederholen von Zeit zu Zeit. Aber verlogen wie die christliche Agitation ist auch die Behauptung von den hohen Löhnen in den christlichen Domänen. Es soll das bewiesen werden in der Darlegung der Löhnerhältnisse der Textilindustrie. Die christlichen Agitatoren stützen sich bei ihren Behauptungen auf die Ergebnisse der Rechnungsbücher in den Berufsvereinigungen der Textilindustrie. Nur sind die Löhne nach diesen Angaben allerdings in den verschiedenen Distrikten des Reiches sehr unterschiedlich. Die rheinisch-westfälische Textil-Berufsvereinigungen verzeichnet im Jahre 1911 einen Verdienst von 927 Mark pro Kopf. Damit stand sie an der Spitze aller Textilberufsvereinigungen. Nach ihr folgte die norddeutsche Textilberufsvereingung mit 863 Mark, die sächsische mit 791 Mark, die schlesische mit 778 Mark, die süddeutsche mit 714 Mark und die sächsische mit 627 Mark.

In Rheinland-Westfalen dominiert der christliche Textilarbeiterverband; es könnte demnach scheinen, als ob tatsächlich in den christlichen Domänen die Löhne durchweg alle übrigen im Reich übertrafen. Daß das nicht der Fall ist, wird sofort klar, wenn man die Löhne der rheinisch-westfälischen Textil-Berufsvereingung getrennt nach Sektionen betrachtet. Danach betragen pro Kopf die Löhne in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie: in Sektion Barmen 1101,10 Mark, Elberfeld 1010,50 Mark, M.-Gladbach 897,90 Mark, Düsseldorf 884,90 Mark, Kemmer 864,40 Mark, Aachen 860,90 Mark, Münster 830,60 Mark. Hier zeigt sich, daß die beiden Hochburgen der Zentrumsgewerkschaften, Aachen und das Winterland, weit hinter den von den freien Gewerkschaften beherrschten Barmen, Elberfeld, Düsseldorf usw. stehen, sie rangieren an letzter Stelle. Die Löhne in Aachen und Münster, diese beiden christlichen Domänen, haben aber auch nur wenig über den Löhnen in Sächsen. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die schlechtesten Löhne der Oberlausitz von dem übrigen Sachsen zu trennen, würde dieser Vorprung sofort verschwinden.

Bei Betrachtung der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Distrikten ist jedoch die geschichtliche Entwicklung derselben mit zu berücksichtigen. Die linksrheinische Entwicklung der Textilindustrie wurde außerordentlich befruchtet durch die Einverleibung in die französische Republik im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Arbeitern wuchs und damit der Lohn stieg. Umgekehrt wurde die Entwicklung des übrigen Deutschlands gehemmt durch die Aufrichtung hoher Zollmauern um Frankreich und zum Teil durch die Kontinentalbarriere. Noch besser wird der Zustand der christlichen Domänen gesehentlich, wenn man die prozentuale Steigerung der Löhne ins Auge faßt. Prozentual sind die Löhne nach den Ergebnissen der Textilberufsvereinigungen seit dem Jahre 1888:

in Sachsen	von 515 M auf 791 M	= 53 Proz.
in Norddeutschland	„ 546 M „ 863 M	= 58 „
in Schlesien	„ 415 M „ 627 M	= 50 „
in Rheinland-Westf.	„ 648 M „ 927 M	= 43 „

In Elßaß und in Süddeutschland stiegen die Löhne nur um 32 resp. 29 Prozent. Das Rheinland steht also in der Steigerung jurisch hinter Sachsen und Norddeutschland.

Aus alledem ist ersichtlich, daß die katholischen Arbeiter alle Ursache haben, zu prüfen, ob die christlichen Gewerkschaften den materiellen Aufstieg nicht eher hindern als fördern.

Soziales und Volkswirtschaft.

Arbeitslosenfürsorge. Für eine wirksame Arbeitslosenfürsorge traten drei öffentliche Versammlungen in Frankfurt a. M. ein. Die einmütig angenommene Resolution mahnt die parlamentarischen Vertreter des Frankfurter Wirtschaftsgebietes und darüber hinaus, für eine baldige gesetzliche Durchführung der Arbeitslosenunterstützung einzutreten. Gleichzeitig wird von der Kommune verlangt, durch Inangriffnahme von Kostenspararbeiten wie anderer Unterstützung den Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Krise setzt auch in Frankfurt a. M. immer schärfer ein. Bereits 3000 Arbeitslose werden von ihr erfaßt.

Unzügliche Krankentassen in Breslau. Als großer Sieg der Christlichen wurde der Ausschall der Anschlagwahl zur Allgemeinen Ortskrankentasse in Breslau in die Welt hinausposaunt. Es waren 18 Christliche und 22 freie Gewerkschafter gewählt worden, ein für Breslau allerdings sehr sonderbares Resultat. Erzielt wurde es dadurch, daß alle „Gerrichten“ ihre Dienstmädchen, die vom 1. Januar ab der Kasse angehören werden, zur Wohl der christlichen Liste kommandierten, während eine große Zahl von Arbeitern, die bereits Mitglieder waren, und deshalb keine besondere Arbeitgeberbeleidigung erhalten hatte, vom Wahlstische zurückgewiesen wurde. Jetzt sind diese Wahlen auf den Einspruch der freien Gewerkschaften für unzüchtig erklärt worden und die erneut vorzunehmenden Wahlen werden zeigen, wieviel von dem angeblichen Siege der Christlichen übrig bleiben wird. Die Christlichen haben also zu früh gejubelt.

Christliche Arbeiterfreizeite gegen den Jollwunder. Wenn sie nicht im Parlament sitzen, sondern vor den Arbeitern stehen, dann müssen sich auch die Zentrumsgewerkschaften gegen den Jollwunder erklären. In der Stuttgarter Stadter-

zurückgenommen werden. Die Kommission ist zur Deduktion von Steuererträgen bisher in keinem Fall verwendet. Der Zweck der Deduktion der Steuererträge aus der Kommission ist, zu verhindern, daß sich Leute, die in den eigenen Häusern der Stadt wohnen, zu Kosten der übrigen Steuerzahler um das Steuerertragsvermögen bringen. Es ist von einseitigen Arbeiten, die ihren öffentlichen Pflichten gegen Staat und Gemeinde nicht pflichtig nachzukommen sind, nicht befreit worden, doch man diesen Reuten sein muß, daß sie doch von der Steuerertragskommission gefordert werden. Diefen Standpunkt wird die Verwaltung im Interesse der Steuerertragsfähigkeit auch mit allem Nachdruck Anerkennung zu verschaffen wissen. Eine unterschiedliche Behandlung läßt sich bei den 230 jüdischen Mietern schwer durchführen. Es werden die pünktlichen Steuerzahler aber durch die Maßregel nicht geschädigt.
Dr. Schäffelsburg, Bürgermeister.

Aus aller Welt.

Weil sie nicht den richtigen Wegm erschienen. Geh. Hofrat Clemens Thieme, der Schöpfer des Völkerschuldentums, dem, wie wir gestern mitteilten, einige Tausend Toten durch ihre kräftige Handchrift für die Postgeschichte gebracht haben, hat den ihm vom Kaiser verliehenen Orden der 4. Klasse zu r ü d g e i e n, ebenso der Leipziger Oberbürgermeister Dietrich den ihm verliehenen Kronenorden 2. Klasse, da ihnen nach ihrer Überzeugung eine höhere Auszeichnung zuzufallen. Was doch diese sonst ganz ehrenwerten Männer in Punkte Knopflochhölzer für barmhertige Kinder sind. Sollen sie nicht die verdienstvollsten (natürlich liberalen) Mitwelt diese neudeutsche Rommestat gehend feiern und um diese Herren den Nimbus der Göttinger Sieben flechten.

Die Ursachen des Verlustes vom Luftschiff „L 2“. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die amtlichen Ermittlungen über die Entziehung der Kataltrophe des Marineluftschiffes „L 2“ haben das Nachfolgende ergeben: Bildung eines luftverdünnten Raumes in der vorderen Gondel, hervorgerufen durch die bei dieser Konstruktion erstmalig angewandten Art des an der vorderen Seite der Gondel befindlichen Schutzschirmes, Anstoßen des in dem Luftschiff austretenden Gases, Entzündung des in die Gondel hineingelassenen Gasgemisches durch einen Funken am Motor. Die Entzündungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen Saugwirkung durch diesen neuartigen Schutzschirm haben weder die Konstrukteure der Marine noch die Zepellingesellschaft vorzusehen. Bis dahin hatte sich die bisherige Schutzschirmkonstruktion durchaus bewährt. Nach einem Bericht soll der mit dem Luftschiff umgekommene Passagier Hofsch nach dem Ausstieg die Offiziere darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Motoren nicht in Ordnung seien, die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahmeoffiziere. Für die Möglichkeit eines solchen an sich nur wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jeder Anhalt, sondern es ist festgestellt gewesen, daß das Verhalten der Motoren vor dem Ausstieg einwandfrei gewesen ist. Weiter soll die Zepellingesellschaft selbst und insbesondere der Luftschiffeskommisarius die schwersten Bedenken gegen die Anbringung der von der Marineverwaltung geforderten Konstruktion des Schutzschirmes, insbesondere gegen die Verlegung des Luftganges in das Schiff selbst, gehabt haben. Dies trifft nach einer ausführlichen Erklärung der Zepellingesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Luftganges in den Schiffskörper ist auch zuerst von der Zepellingesellschaft angesetzt worden. Mit dieser auch im Rahmen der Zepellingesellschaft abgegebene Erklärung werden alle Gerüchte und jede Legendenbildung widerlegt. Die nunmehr erkannte Gefahr, werden wieder eingemergelt. Ueber den hierzu einschlägigen Weg besteht zwischen Marine und Zepellingesellschaft völliges Einverständnis.

Die Strafanträge in der Breslauer Sittlichkeitsoffiziere. In der gestrigen Verhandlung der Breslauer Sittlichkeitsoffiziere beantragte Staatsanwalt Schmitt gegen die zwölf Angeklagten Gefängnisstrafen in Höhe von sechs Monaten bis zu drei Jahren. Das höchste Strafmaß betrifft den Engroschladnermeister Krebs, der gegen Stellung von 10 000 Mark Ration auf freiem Fuß belassen worden ist. Als heute die Angeklagten aufgerufen wurden, ist Krebs nicht zur Stelle. Gerichtsweise verlautet, daß er Selbstmord begangen habe. Die gestrige Verhandlung, die wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, begann mit den Klägerschreibern der zwölf Angeklagten.

10 000 Mark Unterpfand. Auf einen städtischen Berliner Kaffierer, der, wie vorgestern abend entsetzt wurde, nach Unterpfand von 10 000 Mark das Weite gesucht hat, schenkt die Kriminalpolizei. Es handelt sich um den am 30. Januar 1870 von Witten geborenen Kaffierer Adolf Glas vom Ruhlenweg 11. Glas, der verheiratet und Familienvater ist, lebte von seiner Frau, die sich mit ihren Kindern in seiner Heimatstadt aufhält, getrennt. Seit zwei Monaten besuchte er am Ruhlenweg in Berlin ein möbliertes Zimmer. Die Stellung eines Kaffierers hatte er erst seit einem Monat, und zwar bei einer großen Dampfeschiffahrtsgesellschaft unter den Vinden. Der sprachgewandte Mann, der auch schon wiederholt in Amerika war, hatte hier den Billigverkauf unter sich. In dieser Vertrauensstellung bekam er oft sehr große Rosten Geld in die Hände, so auch wieder am vergangenen Sonntag. Er war an diesem Tage, wie üblich vormittags zum Geschäft gegangen, kam aber schon mittags wieder nach Hause, fleibete sich vollständig ein und entfernte sich. Im seiner Flucht ins Ausland verzweigen, hat die Kriminalpolizei den Flüchtigen den Hofen befohlen arretieren.

Kommunale Standoffiziere. Großes Aufsehen erregen in Prag die Entstellungen über eine Korruptionsoffiziere, in die ein großer Teil der Prager Stadtverordneten verwickelt ist. Dem Kern der Affäre bildet die Tatsache, daß die Gemeinde für das Gelände für eine Gasanstalt, das auf 300 000 Kronen geschätzt wird, 1 1/2 Millionen Kronen bezahlte. Der Advokat Boudiska hat Strafanzeige wegen Annahme von Bestechungsgeldern eingereicht. Das Strafgericht hat bereits den Bürgermeister Dr. Groch und andere städtische Beamte vorgeladen.

Schiffsoffizierent in England. Seit einigen Tagen streifen in London die Schiffsoffiziere der Peninsulargesellschaft. Vorgesestern abend landete die Direktion der Gesellschaft auf die streifen Offiziere eine Einladung, zu einer Besprechung zusammenzukommen und als Vortragsführer auch die Beamten der Handelschiffahrt mitzubringen, die anserkennen die Gesellschaft sich bisher weigerte. Es scheint also, als ob sie jetzt in den hauptsächlichsten Punkten nachgeben wird. Die Unzufriedenheit hat sich auch auf die Royal Mail Steam Packet Company ausgedehnt. Hier sind es die Kommandanten der von Southampton abfahrenden Dampfer, die den Streik begonnen haben. Sie haben vorgestern abendigt. Vor längerer Zeit bereits hatten sie gebeten, bessere Löhnung und Arbeitsbedingungen zu erhalten, waren aber von der Direktion abgewiesen worden. Auch diese Schiffe können nicht ausfahren, und ankommende Dampfer werden ebenfalls ihre Fahrten einstellen müssen, da auch ihre Kommandanten sich zum Ausstand vor der Ausfahrt verpflichtet hatten.

Nordberich am eigenen Vater. Einen dramatischen Abschluß durch einen Nordberich auf den eigenen Vater fand vorgestern eine Verurteilung des Schmutzgerichts in Bourges in Frankreich. Ein Bauer namens Gildardin war von seinen beiden Söhnen beschuldigt worden, seine Frau im Jahre 1909 ermordet zu haben. Als der Richter das Verdikt der Geschworenen, das auf Freisprechung lautete, verkündete, stürzte einer der beiden als Zeugen anwesenden Söhne auf seinen Vater zu und feuerte einen Revolvererschuss auf ihn ab. Gildardin hatte im Augenblick des Schusses die Giftdose genort, seine Hand schändend vor das Gesicht zu halten und warf mit einer Gebärde, die die Zuschauer warfen sich auf den Boden und wollten ihn lynchen. Erst einem großen Polizeiangriff gelang die Wiederherstellung der Ordnung. Der junge Gildardin wurde verhaftet.

Emmy Destinn im Völkertag. Emmy Destinn hatte gestern vormittag ein Debut im Völkertag. Es handelte sich um eine Filmaufnahme, die die Deutsche Bioskopgesellschaft für ein Filmrama „Die Völkertag“ in ihrem Atelier in Neubabelsberg bei Berlin arrangiert hatte. Ein zahlreiches geladenes Publikum, darunter Oberbürgermeister von Glesennap, wohnte dem gefälligen Experiment bei. Die Szene ging in einem großen Völkertag vor sich, in dem sich die Völkertage mit ihrer Komplexität befanden. Auch ein Fingal hatte darin Platz gefunden. Emmy Destinn betrat ohne jedes Zaudern den Fingal, schritt auf einen der Völkertage zu, der sich auf der Decke des Fingals gemächlich gelagert hatte, und vergrub ihren Arm in seiner dichten Mähne. Dann begann die Aufnahme. Die Komplexität spielte am Fingal, während die Opernängeln lang und der Völkertage ein leises Anrühren vernahmen. Nach vier Minuten war die Szene beendet und Fingal Destinn konnte ungehindert den Fingal verlassen.

Der Kapitän des „Vultur“ über die deutsche Hilfeleistung. Die gestern eingetroffene Nummer der „Neuorfer Staats-Zeitung“ vom 17. Oktober enthält einen ausführlichen Bericht des Kapitän's nach, wonach nicht nur jede Aufklärung gegen die Mannschaft, sondern ganz besonders jede Beschuldigung gegen die Deutschen darunter völlig entkräftet wird. Das geschieht zum Teil in sehr beredten Seemannsworten. Kapitän nach ist ein verhältnismäßig noch junger Mann, er zählt erst 34 Jahre, ist eine weicheharte Seemannsfigur von geradem, einnehmendem Wesen. Nachdem er die Leiden geschichte der letzten Fahrt des „Vultur“ geschildert hatte, nahm der Berichtshalter der Neuorfer Staats-Zeitung Veranlassung, ihn auf die Meldungen von der angehenden Freiheit seiner Mannschaft und besonders der Deutschen unter ihr aufmerksam zu machen, und erhielt folgende Antwort: „Ich kann nur nochmals betonen, wie warm mein Herz für die Leute schlägt, welche in der Stunde der höchsten Gefahr treu zu mir gestanden und alles versucht haben, die uns anvertrauten Reisenden zu retten. Auf entschiedenste muß ich mich im Namen meiner Offiziere und Mannschaften dagegen vernehmen, wenn gemeldet wurde, diese hätten sich jege gezeit, einerlei welcher Nation sie angehört. Jeder hat seine volle Pflicht getan. Gewiss, dem einen mag bei einer solchen Gelegenheit das Herz schneller in die Hosen fallen als dem andern, aber merken lassen hat keiner etwas davon, und deswegen eine ganze Mannschaft feige heißen zu wollen, ist nicht bloß Unfair, sondern ein Verbrechen. Unter den Offizieren des „Vultur“ waren nicht nur Briten, sondern auch Deutsche, ebenso, wie sich auch unter der Mannschaft ein geringer Prozentsatz Deutscher befunden hat. Ich selbst bin Engländer und doch auf britische Seemannstüchtigkeit, aber wir Briten haben nicht mehr getan und konnten nicht mehr tun als die Deutschen oder die Angehörigen irgendeiner andern Nation, welche unter uns vertreten war. Es war ein Deutscher, der Welfenward Otto Wils, welcher mit mir und den wenigen andern Angehörigen der Besatzung bis zum letzten Rettungsboot warhete und als letzter vor mir den fremden Dampfer verließ. Und es waren besonders die wenigen Deutschen unter den Reisenden, die auch nicht einen Augenblick den Kopf verloren und aufmunternd und Mut zusprechend unter ihren Mitreisenden umhergingen, nachdem sie treu und brav mit uns an der Befreiung der Flammen gearbeitet hatten, so lange wir noch Hoffnung hegten, den Dampfer retten zu können. Und zwei deutsche Dampfer sind es gewesen, die 151 dem Tode geweihte Menschenleben gerettet haben. Diese Tatkosten sollten allen Deuten, welche keine Ahnung von der Gefahr, unter der diese Seelentaten vollbracht wurden, haben, aber nativistischen Widdin zu schweben sich berufen fühlen, den Mund stopfen. Wer anders handelt, ist entweder ein blöder Schmeichler oder ein böswilliger Verleumder. Soweit ist jedenfalls sicher: die Mannschaft des „Vultur“ war so brav, wie irgendeine, die je gefahren ist; das hat sie in der Stunde höchster Gefahr bewiesen, und alle Behauptungen des Gegenteils sind unaufrichtig gemeine Verleumdungen großer Leute, die zum großen Teil jetzt auf dem Grunde des Ozeans ihren letzten Schlaf tun.“

Sandbüren in Tanger und Gibraltar. Ein merkwürdiges Naturereignis wurde in Tanger und auch jeweils der Meerenge in Gibraltar bemerkt. Eine kalte Stunde lang ging ein dichter Regen von supererem Sand nieder und überzog Häuser, Gärten, Straßen mit einer dicken Schicht Sand. Der Sandregen war dadurch verursacht worden, daß ein Saunum die Sandberichten aus der Wüste nach der Küste hingetrieben hatte.

Sturmverheerungen in England. Ein Infion von außergewöhnlicher Heftigkeit suchte vorgestern den Westen Englands heim. Zwei Verionen wurden getödet und zahlreiche andere wurden verletzt. In Tebaris wurde das Dach der Kongregationalkapelle abgedeckt und die Todter eines Kirchendieners verletzt. Auch die Ziehofkapelle ist schwer beschädigt und sechs Wölkertage sind umgeweht. Der Sturm war derartig gewaltig, daß schwere Möbelstücke durch die Luft entführt wurden. In Kingston bei Wompridd wurde die Feuerwache in den Kanal geweht, das Eisenbach vom Verkaufshaus des Anstaltswesens wurde fünfshundert Meter entfernt auf einem Feld gefunden. In Tredegar wurden alle Ähren überflutet. In vielen Tälern sind Hunderte von kleinen Häusern zerstört, Bäume und Telegraphenmasten aus dem Boden gerissen und Kirchen und Äden zertrümmert worden.

Das Taktat in Südwesten ist von dem Sturmtrotter, über das wir gestern schon in einem Telegramm berichteten und das den ganzen Westen Englands heimsuchte, besonders schwer betroffen worden. Ein Wölkertage hat dort furchtbar gewütet. Der Sturm, der nur eine Breite von 250 Metern hatte, richtete einen Totshaden an, der auf eine Million Mark geschätzt wird. Kirchen und Kapellen sowie viele Häuser sind vollständig zerstört. Ein Mitglied eines Fußballclubs wurde von dem Sturm amonig Weter weit durch die Luft getogen und gegen eine Mauer gesteuert. Der Mann ist seinen Verletzungen erlegen. Ein Kohlenarbeiter wurde von dem Sturme von der Straße über dreihundert Meter weg in ein Feld entführt, wo er tot aufgefunden wurde. Hunderte von Personen sind obdachlos und viele sind verletzt worden.

Alte Ineschkonk. Felix Raiff hat mit seinem vorgesternigen Flug von Berlin an die russische Grenze und zurück nach Königsberg einen neuen Weltrekord im Flug mit einem Vajager aufgestellt. Raiff hat 810 Kilometer in neun Stunden dreißig Minuten zurückgelegt. — Die Strafkammer in Wiesbaden verurteilte den preußischen Kapitän Dr. Gans Jolt in Wiesbaden wegen einer Geldstrafe von 12 000 Mark, d. h. der sechshache Betrag der hinterzogenen Steuer, und im Falle der Zahlungsunfähigkeit für je 15 Mark zu einem Tage Haft. — In der russischen Grenzstadt Janow bei Reidenburg, ganz in der Nähe der russischen Zollstation, sind 70 Schrauben mit allen Unterordnungen abgehoben. Die Feuerwache war nachfolgend, weil großer Wasserdruck herrschte. — Bei einem Eisenbahnunglück auf dem Warschauer Bahnhof der Kowalbin sind im ganzen 37 Personen verletzt worden, die Mehrzahl schwer. Zwei von ihnen sind inzwischen gestorben, so daß die Kataltrophe bereits helen Tote gefordert hat. — Bei Verletzungen mit einer eisernen Handglohe auf dem Kellereiselaan in Petersburg floß der hintere Verschlussdeckel ab, das Gefäß löste sich und explodierte im selben Moment dicht bei dem Gefäß. Ein Offizier und sieben Soldaten wurden schwer verletzt. — Nach einer Meldung aus San Salvador haben dort ungewöhnlich starke Regenfälle stattgefunden, die große Heberkammungen im Gefolge hatte. Wasser wurde festgesetzt, daß 34 Personen ertrunken sind, noch befürchtet man den Tod weiterer Leute. Die Kanonikschiff hat großen Schaden erlitten. Eisenbahn und Telegraph sind unterbrochen. — Herr Wret, der Freund des Priesters Schmidt in Reunorf, ist der Grahlschmeißer für schuldig befunden worden.

Aus dem Parteisekretariat.

Das Parteisekretariat ist in der nächsten Woche (vom 2. bis inkl. 8. November) geschlossen. An- und Abmeldungen übernimmt für diese Zeit das Büro des Metallarbeiter-Verbandes. Die Funktionäre werden ersucht, ihre Bedürfnisse schon vorher zu beden.
G. Popken.

Leistung.

Zur Einrichtung von Rinker-Ferien-Wanderzügen gingen ein: 535 RM, am 26. Oktober mit dem Herbstfest des Transportarbeiter-Verbandes am 26. Oktober bei G. Witter in Ultern.

Der Bildungs-Ausschuß Nordendam.

Veranstaltungs-Kalender.

Sonnabend, den 1. November.
Uccum.

Arbter-Rat-Beerin Rekre wieder. Abends 8 1/2 Uhr bei B. Eggers. Harel.

Fabrikarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei Wllers, Schulstr. Lohbeder-Verband. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Oldenburg. Metallarbeiter-Kantenteilf. Form. 11-12 Uhr im „Hof von Oldenburg“ Debung.

Sonntag, den 2. November.

Schortens.

Greter Guttemperanden, Loge „Nordwestersien“. Abends 6 Uhr in Altes Restaurant.

Schiffahrts-Nachrichten.

Don 29. Oktober.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Postd. Naden, von Brüssel, gehtern ab Hamburg. Postd. Barbarossa, von Neuport, gehtern ab Gibraltar. Postd. Cassel, nach Rouleons, gehtern nach Hamburg. Postd. Eloh, von Australien, gehtern nach Hamburg. Postd. Gehen, von dem La Plata, gehtern ab Hamburg. Schmidt, Bremer, Wils, nach der Weier, gehtern ab Neuport. Postd. Prinz Rike, nach Ostafien, gehtern Genoa an. Postd. Prinz Ludwig, von Ostafien, gehtern Genoa an. Postd. Abria, von Baltimore, gehtern auf der Weier an. Postd. Nieren, von Australien, gehtern Antwerpen an.

Schiffahrt.

Freitag, 31. Oktober: vormittags 1.50, nachmittags 2.05



Kumpler Laube 58
Rapiert 48

300 38
Dolman 68
Optimo 108

5 NEUE MANOLI CIGARETTEN

Absolut Trustfrei.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Bekanntmachung.
Die Arbeiten für die Umplanierung der Alsenburgstraße, von der Güterstraße bis Heinrichstraße, sollen vergeben werden. Die Unterlagen sind in der Bauinspektur, Rathaus Wilhelmshavener Straße, Zimmer Nr. 8, für 9.00 Mk. erhältlich.
Beschlossene Angebote, mit entsprechender Kautionschein versehen, sind bis zum 4. November 1913, vormittags 10 Uhr, dort einzureichen und werden in Gegenwart der erschienenen Bieter geöffnet.
Rüstringen, 29. Oktober 1913.
Der Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Bekanntmachung.
Zur Ausschüttung eines Wages an der Rückstraße suchen wir Boden.
Äußere Auskunft erteilt das Tiefbauamt. Angebote sind dort möglichst bald einzureichen.
Rüstringen, den 30. Okt. 1913.
Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Freibank
am Schlachthof.
Freitag abends 6 Uhr
Fleisch-Verkauf
Schlachthof-Direktion.
SPERING

Baumverkauf
in Widdelsfahr.
Am Sonntag den 2. November d. J., morgens 8 1/2 Uhr, werde in Widdelsfahr für Rechnung der Gemeindefalle eine Anzahl **Eichenbäume** auf dem Stamm öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft. Käufer werden freundlichst eingeladen.
Koffhauken, den 25. Okt. 1913.
D. Viehfeld, Beigeordneter.

Kleine Hausgrundstücke
in der Stadt und Umgegend, meist mit Garten, preiswert zu verkaufen durch:
Witte & Tietjen
Auktionatoren, Güterstr. 37
Telephon 136.

Eine Patent-Verbesse- rung, mit Patentwert versehen
Badentasse
billig abzugeben.
Heinrich-Str. 4, part. r.

Wo ist der Ochse Nr. 17?
Im Schlachthof zu Leipzig.
Jugelaugen 1 Hund (Tobbeun), (Wacke 500, Köhler). Abgehoben gegen Erstattung der Kosten.
W. Kowatz, Himmelerich.

Verpachtung von Weideländereien.
Die zur Tiarschen Landstelle gehörigen Weideländereien in Witenroden sollen am
Donnerstag den 6. November 1913,
abends 6 Uhr,
in Schröders Witzenhause in Rüterstiel auf drei Jahre oder länger verpachtet werden. Gleichzeitig soll die Sjötenische Parzelle am Neuenrodenen Deich (Parzelle 116), die die Stadt erworben hat, zur Verpachtung kommen.
Rüstringen, den 30. Oktober 1913.
Stadtmagistrat.
Dr. Lucken.

Restaurant Eisenlust
Güterstraße, Endstation der Straßenbahn.
Sonnabend, Sonntag und Montag
Gr. Schlacht-Fest
H. Wellfleisch, Rippchen, Grieben, Blut- und Leberwurst in bekannter Güte.
Jeden Abend musikalische Unterhaltung.
Es ladet freundlichst ein **Paul Pfeiffer.**

Heidelberger Fass
Grenz- und Börsenstr.-Ecke.
Am Freitag den 31. Oktober, Sonnabend den 1. und Sonntag den 2. November 1913
Gr. Schlacht-Fest
Empfehle:
H. Schweinerippchen, Wellfleisch sowie frische Blut- und Leberwurst mit Sauerkraut und Kartoffeln.
Es ladet freundlichst ein
Heinr. Placke.

Meinckes Café und Kakao-Stube.
Gde. Mellum- und Schillerstraße.
Den geehrten Eingewohnten von Rüstringen-Wilhelmshaven bringen wir hiermit ergebenst zur Anzeige, daß wir im früheren Schloß-Café, Gde. Mellum- und Schillerstraße ein der Neuzeit entsprechendes **Restaurant verbunden mit bürgerl. Mittagstisch ohne Trinkzwang** unter dem Namen **Meinckes Café und Kakao-Stube** errichtet haben. Für gute alkoholfreie Getränke sowie vorzügliche Küche ist bestens gesorgt und bitten wir um freundlichen Zuspruch.
Mit vorzüglicher Hochachtung **E. Meinckes und Frau.**

Decker's Mühlenhof
vis-à-vis der Windmühle.
Freitag den 31. Oktober, Sonnabend den 1. und Sonntag den 2. November
Zweites großes
Schlachtfest
verbunden mit Zöllnerskonzert (H. W. D.)
Wurstchen, Wellfleisch, Grieben, Rippchen usw. in bekannter Güte bei stellen Preis.
Es ladet höflichst ein **W. Decker.**

Ihr erster Gedanke
beim Einkauf guter Schuhwaren sei

Walküren-Stiefel

Derselbe bietet Gewähr für beste Qualität, grösster Haltbarkeit und Eleganz.

Rüstringen, Trost & Wehlau Wilhelmsh.,
Wilhelmshav. Str. 70. **Schuhmachermeister.** Bismarckstrasse 95

Sohlenleder-Ausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel, Nitz, Unterabschoben mit und ohne Ledersohle, Continental-Gummistiefel
empfehlen
Gebr. Meyer, Rüstr., Güterstr. 31.
Alibewährtes, kohlehaltendes Brikett.



G. R.

Goldene Medaille Emden 1888.
Überall zu haben.
General-Vertretung: **Fisser & v. Doornum, Emden.**

Empfehle:
Große und kleine Schellfische, Schollen, Rotzungen, Auerhahn, Rabelhahn, Zerkoh, feine Heringe, Goldbarsch, Fischcarbonade, Matreien, Steinbutt, Heilbutt, Barsche, Krassen, lebende Schlicke, leb. Karpfen, schwarze Karpfen, leb. Kalle, grüne Heringe, Blühbrot, H. Matzscheringer, Neue Emden Zerkohheringe.
J. Heius, Fischhandl.
Bismarckstraße, Marktstraße, Wilhelmsh., Str. Tel. 455.

Wasche mit Henkel's Bleich-Soda.

Spottbillig
1 Küchenmaschine, Natur, 95 Mk.
1 Bertha, Stahl, 40 Mk., 1 Spiegel mit Stuhl 38 Mk., 1 Sofa, gem. Plüsch mit Ruckelauflage, 65 Mk.
Die Sachen sind neu.
Wilhelmshaven, Bismarckstr. 7.
Zu vermieten gut möbl. Zimmer.
Wilhelmsh., Str. 84 II, Eichenring.

Empfehle:
Kochl. Schellfisch, leb. Schollen, Rotzungen, Rabelhahn, Zerkoh, feine Heringe, Auerhahn, große und kleine grüne Heringe.
Alles in ganz frischer Ware.
Konnak,
Wöler- und Quis-straße.
Telephon 830.

Winter-Kartoffeln
Schöne saubere Ammerländer Jentner 250 Mk. Probe Börsenstraße 18 II bei Joh. Reichelt u. auf Rüstr. Markt d. W. Dierke.
Freitag:
frische frische verschiedene Sorten, Heier Kalle, Süßlinge u. Speckten
Herrn H. Krabs, Rüstringen, Betsenstraße 2.

Gesucht auf sofort
schuldfreien Laufburschen.
J. D. Wulff, Alte Straße 2
Gesucht 1 Maurer, welcher arbeiten kann bei gutem Lohn.
Fr. Wilbers
Neubau Widdelsfahr.
Gesucht auf sofort
ein Schuhmachergeselle.
D. Bruns, Wilhelmsh., Neust. 18.

Empfehle:
Wulst. Schellfische, Steinbutt, Heilbutt, Schollen, Rabelhahn, Fischcarbonade, Zerkoh, feine Heringe, Zerkoh, H. Matzscheringer, Karpfen, Süßheringe 75, 80, 80, 100 g
Bieder Wädlinge, täglich frisch.
Bismarckheringe und Kollmops billig.
Seringofsalat, Caviar.
Joh. Stehnke,
Dänische Fischgroßhandlung, Rüstringen, Wilhelmshavener Straße 29.
Telephon 732.

Große Auswahl
in loderten und hantesten Matten, große Spiegel mit Stuhl, Kunstschiff, Engl. Bettstellen mit Patent-Matzen und Kullergeräten. Vertaule mit H. Anzählung, beizetiger Abzählung.
W. Koch, Wilhelmsh., Str. 80.

Gente Freitag empfehle frische Fische, verschiedene Sorten
Herrn M. Gossman
Roonstraße 111. Telefon 7.
Nähe der Kaiser-Wilhelm-Brücke.